

PBP Planungsbüro professionell

Das neue Auftraggeber-Leistungsbild

Ertrag steigern und Haftungsrisiko senken

SONDERAUSGABE

Die Grundidee des „Auftraggeber-Leistungsbilds“

Warum Sie nicht die „Eierlegende-Woll-Milch-Sau“ sind und was Auftraggeber zum Erfolg beitragen müssen..... 1

Das „Leistungsbild“ im Bereich Objektplanung

Das müssen Auftraggeber in den Lph 1 bis 9 an Leistungen erbringen 2

Das „Leistungsbild“ in der Technischen Ausrüstung

Bei diesen organisatorischen, rechtlichen und funktionellen Themen muss der Bauherr mitwirken 6

Das „AG-Leistungsbild“ bei Verkehrsanlagen

Diese besonderen Mitwirkungspflichten treffen Auftraggeber von Verkehrsanlagen 11

Das „Leistungsbild“ bei Ingenieurbauwerken

Das müssen Auftraggeber von Ingenieurbauwerken in den einzelnen Lph leisten 16

Das „Leistungsbild“ in der Tragwerksplanung

Bei diesen Themen sollten Tragwerksplaner den Auftraggeber mit in die Verantwortung nehmen 21

Lph 8 als Beispiel für überhöhte Erwartungen des AG

Neue Urteile: Beauftragung der Grundleistungen ist kein „Vollkaskoschutz ohne Selbstbeteiligung“ 24

Wir helfen Ihnen gern!

Es ist unsere Aufgabe, Sie mit praktischem Wissen und konkreten Empfehlungen im Beruf zu unterstützen. Manchmal bleiben dennoch Fragen offen oder Probleme ungelöst. Sprechen Sie uns an! Wir bemühen uns um schnelle Antworten – sei es bei Fragen zur Berichterstattung, zur Technik, zum digitalen Angebot oder zu Ihrem Abonnement.



Für Fragen zur Berichterstattung:

Günter Göbel
Stellv. Chefredakteur (verantwortlich)
Telefon 0931 418-3061
Fax 0931 418-3080
E-Mail goebel@iww.de



Für Fragen zur Technik (Online und Mobile):

Karin Borowski
Stellv. Leiterin Online
Telefon 02596 922-60
Fax 02596 922-99
E-Mail borowski@iww.de



Für Fragen zum Abonnement:

Barbara Oehrlein, Jasmin Baumeister, Michaela Scharvogel-Junghof,
Arnold Scheiner, Ulla Vollrath (nicht abgebildet)
IWW Institut, Kundenservice
Franz-Horn-Str. 2
97082 Würzburg
Telefon 0931 4170-472
Fax 0931 4170-463
E-Mail kontakt@iww.de

PROJEKTABWICKLUNG

Das neue „Auftraggeber-Leistungsbild“: Projekte effektiver abwickeln und Ihre Erträge steigern

| Planen und Überwachen ist keine Einbahnstraße. Sie sind nicht der verlängerte Arm des Auftraggebers, der sich um alles kümmern muss. Das gibt die HOAI nicht her, und auch Gesetzgebung (BGB 2018) und Rechtsprechung haben sich ganz klar positioniert: Ihren Auftraggeber treffen eine ganze Palette an Mitwirkungsleistungen. Machen Sie Ihren Auftraggeber deshalb mit diesem – seinem – „Leistungsbild“ vertraut. Profitieren Sie davon, indem Sie Projekte effektiver abwickeln, Haftungsrisiken senken und Erträge steigern; auch im „Nach-Mindestsatz-Zeitalter.“ |

Bauherr sieht die Planer gern als „Um-alles-Kümmerer“

Auftraggeber sehen Sie als Planer gerne als Allroundverantwortlichen, der sich um alles kümmern muss. Das gilt vor allem, wenn Sie mit dem Auftraggeber die HOAI (und ihre Grundleistungen) als Vertragsgegenstand vereinbart haben. Viele Auftraggeber lesen da Dinge hinein, die gar nicht drinstehen. Die Folge ist, dass Sie (als gutwilliger Planer) oft Leistungen erbringen, die Sie nach den vertraglich vereinbarten Grundleistungen gar nicht erbringen müssten. Wenn Sie dann noch beim Honorar Zugeständnisse machen mussten (Stichwort „Mindestsatz-Entscheidung des EuGH“), sind Ertragsunterdeckungen die logische Folge. Sie zahlen bei dem Auftrag drauf.

Lernen Sie deshalb die Grundleistungs-Trennlinien kennen und ziehen Sie ggf. die Reißleine – mit dem neuen Leistungsbild für Auftraggeber.

Das Ziel der Festlegung eines Auftraggeber-Leistungsbilds

Nichts schadet einem Projekt mehr als fehlende Entscheidungen oder Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers. Ziel der Übersicht ist es, für jedes Leistungsbild darzustellen, welche Leistungen Ihr Auftraggeber bei Vereinbarung der Grundleistungen in den jeweiligen Lph selbst erbringen muss, um das Projekt zu fördern und den Projekterfolg zu erreichen. Damit sollen keine neue Leistungspflichten der Auftraggeber begründet werden.

Es soll lediglich aufgezeigt werden, wie Projekte erfolgreich gesteuert werden. Denn der Auftraggeber muss mehr als nur „hin und wieder zustimmen“. Wenn Mitwirkende ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, ist es gelegentlich erforderlich, Fristen zu setzen, Schadenersatzforderungen anzudrohen oder als Ultima Ratio auch Kündigungen vorzunehmen (§ 643 BGB).

Die folgende Übersicht soll (und wird) Ihnen helfen, auf Augenhöhe mit dem Bauherrn zu agieren und darzulegen, wann und in welcher Form seine Mitwirkungspflicht (§ 642 BGB) greift und er entsprechende Bauherrenleistungen erbringen muss. Unterm Strich ergibt sich so ein eigenes Leistungsbild für Auftraggeber.

Mindestsatz-Urteil des EuGH verleiht dem Thema noch mehr Brisanz

Die Leitplanken für eine reibungslose Projektabwicklung

Auftraggeber hat mehr Pflichten als nur „abzunicken“

**Auftraggeber
verantwortet auch
das „Nichthandeln“**

Darüber hinaus kann damit auch Ihre eigene Haftung besser eingegrenzt werden. Denn wenn ein Auftraggeber Pflichten nicht erfüllt, kann es oft sein, dass er damit selbst die Verantwortung für Kosten- und Terminfolgen übernehmen muss. Damit das aber eintreten kann, müssen Sie zuvor Ihre allgemeinen Beratungs- und Hinweispflichten erfüllt haben.

**Trennlinie zwischen
Grundleistungen und
Auftraggeber-Oblie-
genheiten ziehen**

Auftraggeber-Leistungsbild bei Objektplanung Gebäude

Nachfolgend ist das Auftraggeber-Leistungsbild für die Objektplanung aufgelistet. Die Auftraggeber-Leistungsbilder für die TGA, die Planung von Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerken sowie für die Tragwerksplanung finden Sie im Anschluss.

■ Auftraggeber-Leistungen im Leistungsbild Objektplanung Gebäude

Obliegenheit des Auftraggebers in allen Lph

- Schaffung der Planungsvoraussetzungen, Bereitstellung der Finanzierung, Angabe von Planungszielen
- Bereitstellung von Unterlagen, die als Ausgangsbasis für die Objektplanung erforderlich, aber nicht Vertragsbestandteil anderer Leistungen sind (bei Umbauten z. B. Bestandsaufnahmen)
- Erfüllung der Koordinierungsobliegenheiten z. B. als leistungsbildübergreifende (organisatorische) Koordination verschiedener Objektplaner, soweit nicht Bestandteil extern beauftragter (= delegierter) Leistungen; organisatorische Koordination Gebäude-, Freianlagen-, Planung Ingenieurbauwerke auf einer Baufläche (übergeordnete Kostenziele)
- Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung rechtzeitiger Bereitstellung von Planungsbeiträgen Dritter, damit die Koordinations- und Integrationsleistungen rechtzeitig erbracht werden können
- Erfüllung der Mitwirkungspflichten nach § 642 BGB; rechtzeitiges Treffen aller für den Terminablauf erforderlichen Entscheidungen (z. B. Entscheidung über Varianten in Lph 2)
- Rechtzeitige Beauftragungen (in der Regel ab Lph 1) aller erforderlichen Planungs- und Beratungsleistungen (§ 650p BGB), ggf. Zustimmung zur Kosteneinschätzung gemäß § 650p Abs. 2 BGB
- Bei Änderungen gemäß § 650b BGB: Anstreben des Einvernehmens über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung, ansonsten formale Vorgabe von Änderungsbegehren und Beachtung der Wartefrist von 30 Tagen bei Ausübung des Anordnungsrechts, Vergütungsanpassung (z. B. gemäß § 650c BGB)
- Bearbeitung und Entscheidung über alle Rechtsfragen (z. B. Sanktionen, Kündigungen, Auftragsvergabeverfahren), soweit nicht Bestandteil von Verträgen mit Dritten, Bearbeitung vergaberechtlicher Fragen
- Ggf. Abschluss von Bauwesen-Haftpflichtversicherungen
- Abnahmen von Planungs- und Bauleistungen gemäß § 640 BGB
- Entgegennahme von Leistungen und vertragliche Abwicklung geschlossener Verträge als Vertragspartner
- Rechtzeitige Auszahlung von Rechnungen

Grundleistung Lph 1	Obliegenheit des Auftraggebers
a) Klären der Aufgabenstellung auf Grundlage der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers b) Ortsbesichtigung c) Beraten zum gesamten Leistungs- und Untersuchungsbedarf d) Formulieren der Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer an der Planung fachlich Beteiligter e) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellung aller planungsrelevanten Grundstücksangaben (z. B. unter Zuhilfenahme weiterer Beteiligter) ■ Vorgabe der Planungsziele (z. B. Raum- und Flächenbedarf) ■ Gestalterische, funktionale, städtebauliche Erwartungshaltung ■ Angaben zu finanziellen Rahmenbedingungen (z. B. Investitionskosten, Betriebskosten, Energieverbrauch) ■ Angabe, ob öffentliche Fördermittel angestrebt werden ■ Erwartungen zu terminlichem Projektanlauf, Bildung von Bauabschnitten ■ Angaben zu Besonderheiten (z. B. spätere Erweiterbarkeit, besondere Flexibilität, Veränderbarkeit von Grundrissen) ■ Umbauten: Bereitstellung der Bestandsunterlagen (ggf. mit Hilfe Dritter) ■ Soweit erforderlich: Betriebsablaufplanung als Planungsbasis ■ Entscheidungen bzw. Beauftragungen der weiteren an der Planung und Beratung Beteiligten (Fachplaner, Berater, Gutachter) ■ Einzelfallbezogene Erwartungen ans Gesamtprojekt ■ Entscheidung über die Kommunikation mit Behörden (Vollmacht?)

Grundleistung Lph 2 <ul style="list-style-type: none"> a) Analysieren der Grundlagen, Abstimmen der Leistungen mit den fachlich an der Planung Beteiligten b) Abstimmen der Zielvorstellungen, Hinweisen auf Zielkonflikte c) Erarbeiten der Vorplanung, Untersuchen, Darstellen und Bewerten von Varianten nach gleichen Anforderungen, Zeichnungen im Maßstab nach Art und Größe des Objekts d) Klären und Erläutern der wesentlichen Zusammenhänge, Vorgaben und Bedingungen e) Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten sowie Koordination und Integration von deren Leistungen f) Vorverhandlungen über die Genehmigungsfähigkeit g) Kostenschätzung nach DIN 276, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen h) Terminplan mit den wesentlichen Vorgängen des Planungs- und Bauablaufs i) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	Obliegenheit des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"> ■ Vorgabe konkreter vertiefter Planungsgrundlagen (z. B. Übernahme bereits vorhandener Einrichtungen, Maschinenteknik, Ausstattung, Besonderheiten zu funktionalen Anforderungen) ■ Angabe von vertieften Planungszielen (z. B. Energie, Gestaltung, Material) ■ Angaben zu sonstigen Besonderheiten (z. B. Zertifizierungen) ■ Ggf. Übergabe von Fördermittelzusagen (mit Planungsaufgaben) oder Erstellung etwaiger Finanzierungsanträge ■ Treffen der Entscheidungen auf Basis der Vorschläge des Planers, um Planungsvertiefung oder Varianten zu ermöglichen ■ Koordination und Übermittlung der sog. Nutzeranforderungen ■ Zustimmung zu Planungszwischenschritten, auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenschätzung ■ Angabe der auftraggeberseitigen Meilensteine als Basis für die Erstellung des Terminplans ■ Mittelbereitstellung in Bezug auf den vorgesehenen Terminplan ■ Entscheidung über die Ergebnisse der Vorverhandlungen mit Baubehörden, evtl. Bauvoranfrage zur Klärung offener Baurechtsfragen ■ Entscheidung über etwaige Anträge auf Befreiung von Durchführungsvorschriften (z. B. Brandschutzgutachten bei Umbauten) ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Vorplanungsergebnisse und Entscheidung darüber
Grundleistung Lph 3 <ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten der Entwurfsplanung, unter weiterer Berücksichtigung der wesentlichen Zusammenhänge, Vorgaben und Bedingungen (...) auf Grundlage der Vorplanung und als Grundlage für die weiteren Lph und die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter. Zeichnungen nach Art und Größe des Objekts im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen ... b) Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten sowie Koordination und Integration von deren Leistungen c) Objektbeschreibung d) Verhandlungen über die Genehmigungsfähigkeit e) Kostenberechnung nach DIN 276 und Vergleich mit der Kostenschätzung f) Fortschreiben des Terminplans g) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	Obliegenheit des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"> ■ Konkrete Planungsgrundlagen, soweit nicht bereits in der Vorentwurfsplanung erforderlich (z. B. funktionale Anforderungen an Ausstattungen) ■ Bereitstellung von Unterlagen, die für die Entwurfsplanung erforderlich aber nicht Vertragsbestandteil beim Objektplaner sind ■ Koordination und Übermittlung der Nutzeranforderungen ■ Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung rechtzeitiger Bereitstellung von Planungsbeiträgen Dritter ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann (z. B. Bemusterungen, Regeldetails) ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenberechnung ■ Entscheidung über die Ergebnisse der Verhandlungen zur Genehmigungsfähigkeit der Planung, ggf. Entscheidung über Anträge zu Ausnahmen oder Befreiungen ■ Evtl. Abstimmung der Planung mit Förderbehörden im Hinblick auf Zuwendungsfähigkeit von Kosten ■ Entscheidung, ob Planungsänderungen gegenüber der Vorplanung erforderlich sind, und entsprechende Beauftragung der jeweils betroffenen Beteiligten ■ Entgegennahme der Entwurfsplanung und Entscheidung über die weitere Planungsvertiefung (als Basis für die Lph 4 und 5 erforderlich), Ermöglichung der weiteren Planungsvertiefung
Grundleistung Lph 4 <ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öffentlich-rechtliche Genehmigungen oder Zustimmungen einschl. der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen, sowie notwendiger Verhandlungen mit Behörden unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter b) Einreichen der Vorlagen c) Ergänzen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen 	Obliegenheit des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellen aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen und Nachweise, soweit nicht im Architektenvertrag vereinbart ■ Unterzeichnen der Antragsunterlagen als Antragsteller ■ Veranlassen von Ergänzungen und Anpassungen ■ Ggf. Veranlassung von Planungsänderungen ■ Bereitstellung der vollständigen Genehmigungsbescheide mit allen Auflagen und Hinweisen an die Planer, Fachplaner und Berater, Förderbehörden etc. ■ Entscheidung über etwaige Widerspruchsverfahren innerhalb der Rechtsbehelfsfristen

Grundleistung Lph 5	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten der Ausführungsplanung mit allen für die Ausführung notwendigen Einzelangaben (zeichnerisch und textlich) auf Grundlage der Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur ausführungsfähigen Lösung, als Grundlage für die weiteren Leistungsphasen b) Ausführungs-, Detail- und Konstruktionszeichnungen nach Art und Größe des Objekts im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen, z. B. bei Gebäuden im Maßstab 1:50 bis 1:1, z. B. bei Innenräumen im Maßstab 1:20 bis 1:1 c) Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten, sowie Koordination und Integration von deren Leistungen d) Fortschreiben des Terminplans e) Fortschreiben der Ausführungsplanung aufgrund der gewerkeorientierten Bearbeitung während der Objektausführung f) Überprüfen erforderlicher Montagepläne der vom Objektplaner geplanten Baukonstruktionen und baukonstruktiven Einbauten auf Übereinstimmung mit der Ausführungsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Entscheidung zu erforderlichen Planungsfestlegungen im Zuge der Planungsvertiefung, soweit nicht bereits in Lph 3 erfolgt (z. B. zu Details, Farben, Ausbauten, nutzerseitigen Angaben) ■ Entscheidung über erarbeitete Planungslösungen als Basis für die stufenweise weitere Erarbeitung ■ Koordination und Übermittlung der Nutzeranforderungen ■ Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung, dass Planungsbeiträge Dritter rechtzeitig bereitgestellt werden ■ Entscheidung über die etwaige Beauftragung von Planungsänderungen (z. B. bei Abweichungen gegenüber der Entwurfsplanung) ■ Entscheidung über etwaige Änderungen gegenüber dem geplanten Terminablauf oder der Finanzierung ■ Vertragliche Maßnahmen bei etwaigem Terminverzug ausführender AN, z. B. bei unsachgemäßer Montage- und Werkstattplanung, ■ Vertragliche Maßnahmen gegenüber weiteren an der Planung beteiligten Dritten, z. B. bei unsachgemäßen oder nicht termingerechten Planungsbeiträgen/Fachplanungen/Gutachten ■ Ggf. organisatorische Maßnahmen falls leistungsbildübergreifende Koordination unsachgemäß erfolgt ■ Beauftragung von speziellen erforderlichen Fachberatungen oder ausführenden Auftragnehmern (soweit nicht bereits beauftragt), die speziell bei der Ausführungsplanung zu beteiligen sind (z. B. langjährige Lieferanten von betrieblichen Einbauten)
Grundleistung Lph 6	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Aufstellen eines Vergabeterminplans b) Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen nach Leistungsbe- reichen, Ermitteln und Zusammenstellen von Mengen auf Grundlage der Ausführungsplanung unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter c) Abstimmen und Koordinieren der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der an der Planung fachlich Beteiligten d) Ermitteln der Kosten auf Grundlage vom Planer bepreister Leistungsverzeichnisse e) Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten LV mit der Kostenberechnung f) Zusammenstellen der Vergabeunterlagen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mitwirken beim Festlegen der Meilensteine von Vergaben ■ Einvernehmen hinsichtlich des Vergabeterminplans, Angabe der auftraggeberseitigen Zeitbedarfe für Vergabeverfahren ■ Erbringung der nicht delegierbaren Auftraggeber-Leistungen (z. B. Festlegung der Vergabeart, Auftragserteilung, interne Dokumentationsleistungen, rechtzeitige Entscheidungen) ■ Bereitstellung und federführende Bearbeitung eines Vergabe-Management-Systems zur E-Vergabe bei öffentlichen Aufträgen ■ Veröffentlichungen, Kommunikation mit Fördermittelgebern ■ Festlegung der Vergabeart nach VOB oder – bei privaten Projekten – nach der Präferenz des Auftraggebers ■ Klärung von Vergaberechtsfragen (z. B. produktneutrale Ausschreibung, Zulassen von Nebenangeboten/Eventualpositionen) ■ Bereitstellung der rechtlichen Teile der Vertragsregelungen (z. B. Skonto- und Vertragsstrafenregelungen, Tarifvorgaben) ■ Angabe der auftraggeberseitigen Vorgaben für den Bauablauf (z. B. Aufrechterhaltung des Betriebs während der Umbauarbeiten)
Grundleistung Lph 7	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Koordinieren der Vergaben der Fachplaner b) Einholen von Angeboten c) Prüfen und Werten der Angebote einschl. Aufstellen eines Preisspiegels nach Einzelpositionen oder Teilleistungen; Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise d) Führen von Bietergesprächen e) Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens f) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen für alle Leistungsbereiche g) Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen oder der Kostenberechnung h) Mitwirken bei der Auftragserteilung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anwendung des Vergabemanagementsystems bei E-Vergaben, Durchführung von Submissionen ■ Auftraggeberseitige Vergabedokumentation nach internen Dienstvorschriften des öffentlichen Auftraggebers ■ Bearbeitung von Rechtsfragen; bei Vergabeverfahren, bei privaten Auftraggebern: Bearbeitung von Rechtsfragen nach Compliance-Richtlinien ■ Führung von Bietergesprächen, soweit nicht Architektenleistungen betroffen sind (z. B. Zahlungsmodalitäten, Sicherheitseinhalte, Sicherheitsleistungen, nichttechnische Ergebnisse von Vertragsverhandlungen) ■ Rechtzeitige Entscheidung über die Vergabe von Bau- und Lieferaufträgen einschließlich etwaiger Nachtragsvereinbarungen ■ Verwaltungsmäßige Abwicklung bei öffentlichen Vergabeverfahren (z. B. Bieterlisten, Angebotseröffnung, Niederschrift, Vergabevermerk, ggf. Vermerk zur Aufhebung, Schriftverkehr mit Bietern bezüglich Aufhebung oder Zuschlagsfristverlängerung, Absageschreiben, Klärung der Zulässigkeit von Nebenangeboten)

Grundleistung Lph 8	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Überwachen der Ausführung auf Übereinstimmung mit öffentl.-rechtl. Genehmigung oder Zustimmung, den Verträgen mit ausführenden Unternehmen, Ausführungsunterlagen, ... b) Überwachen der Ausführung von Tragwerken mit sehr geringen und geringen Planungsanforderungen auf Übereinstimmung mit dem Standsicherheitsnachweis c) Koordinieren der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten d) Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplans (Balkendiagramm) e) Dokumentation des Bauablaufs f) Gemeinsames Aufmaß mit den ausführenden Unternehmen g) Rechnungsprüfung einschl. Prüfen der Aufmaße der Bauunternehmen h) Vergleich der Ergebnisse der Rechnungsprüfungen mit den Auftragssummen einschl. Nachträgen i) Kostenkontrolle durch Überprüfen der Leistungsabrechnung der Bauunternehmen im Vergleich zu den Vertragspreisen j) Kostenfeststellung, z. B. nach DIN 276 k) Organisation der Abnahme der Bauleistungen unter Mitwirkung anderer an der Planung und Objektüberwachung fachlich Beteiligter, Feststellung von Mängeln, Abnahmeempfehlung l) Antrag auf öffentlich-rechtliche Abnahmen und Teilnahme daran m) Systematische Zusammenstellung der Dokumentation ... des Objekts n) Übergabe des Objekts o) Auflisten der Verjährungsfristen für Mängelansprüche p) Überwachen der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vertragliche Regelungen zur Überlassung von Lager- und Betriebsflächen, soweit erforderlich (z. B. auf Grundstücken Dritter) ■ Sicherstellung der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B (z. B. Verkehrsregelungen durch entsprechende Beauftragungen Besonderer Leistungen) ■ Zustandsfeststellung der vorhandenen Situation vor Baubeginn gemäß § 3 Abs. 4 VOB/B (ggf. unter Zuhilfenahme Dritter) ■ Bereitstellen der öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse (z. B. nach Gewerberecht, Straßenrecht, Wasserrecht, Lärmschutz, soweit für die ausführenden Unternehmen von Bedeutung – Benutzung als Baustelleneinrichtungsfläche) ■ Erteilung von Anordnungen gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B ■ Bereitstellen und Änderung vertraglicher Regelungen zum Zusammenwirken der verschiedenen Bauunternehmen auf der Baustelle ■ Entscheidung und Beauftragung inhaltlicher/fachlicher Änderungen der Bau- und Lieferverträge (z. B. Nachträge) ■ Vertragliche Maßnahmen, soweit Beteiligte gegen Vertragspflichten verstoßen (Fristsetzungen, Kündigungsandrohungen, Kündigungen) ■ Entscheidung/Beauftragung bei geänderten Terminen (in Abstimmung mit zuständigen Projektbeteiligten) ■ Entscheidung über Zahlungsmodalitäten (z. B. Skonto, Sicherheits-einbehalte, Druckzuschläge, Bürgschaften, Abzüge bei Mängeln) ggf. nach fachlicher Empfehlung des zuständigen Planers ■ Organisation und Beauftragung der Sicherung und Bewachung der Baustelle (soweit erforderlich) ■ Mitwirkung bei den gewerkebezogenen Inbetriebnahmen, Abnahmen nach VOB/VOL/BGB ■ Entgegennahme und Abnahme von Bau- und Lieferleistungen und zugehöriger Dokumentationen der Auftragnehmer ■ Betrieb fertiggestellter und abgenommener Anlagen/Einbauten/Einrichtungen ■ Rechtzeitige Erfüllung der Mitwirkungspflichten gemäß § 642 BGB ■ Auszahlung von Rechnungen, Information über geleistete Zahlungen an den rechnungsprüfenden Planer ■ Übernahme der Gefahrtragung von Bau- und Lieferleistungen nach deren Abnahme ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen der bei der Abnahme festgestellten Mängel im bereits laufenden Gebäudebetrieb
Grundleistung Lph 9	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel, ... b) Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber ausführenden Betrieben c) Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen festgestellter Mängel im Rahmen des bereits übernommenen Gebäudebetriebs ■ Mitwirkung bei der Terminfestlegung von Mängelbeseitigungen ■ Auszahlung von Sicherheitsleistungen ■ Ggf. Erstellung sog. Verwendungsnachweise für Behörden, die Fördermittel gewährt haben ■ Verwahrung der Dokumentationen, die nach den Vorgaben aus Baugenehmigung bzw. Baurecht aufzubewahren sind

PRAXISTIPP | Nutzen Sie die Tabelle auch gegenüber Ihrem Bauherrn. Sein Projektverständnis steigt, seine Mitwirkung läuft besser. Ihm wird klar, wie wichtig seine Rolle bei der Projektplanung und -realisierung ist. Die Checkliste können Sie nicht „Eins zu Eins“ verwenden, wenn Sie im Vertrag Leistungen vereinbart haben, die über die Grundleistungen in den jeweiligen Lph hinausgehen oder anderweitig von den Grundleistungen als Vertragsgegenstand abweichen.

Gegenüberstellung dem Auftraggeber zur Kenntnis geben

PROJEKTABWICKLUNG

Das Auftraggeber-Leistungsbild im Planbereich Technische Ausrüstung

| Bei der Technischen Ausrüstung besteht eine Besonderheit darin, dass jede Anlagengruppe eine Abrechnungseinheit bildet. Das kann dazu führen, dass je Anlagengruppe unterschiedliche Schwerpunkte vorliegen können. |

Enge fachliche
Nähe zur
Maschinentechnik ...

... hat Folgen auf Mit-
wirkungsleistungen

Auftraggeber
muss Erwartungen
ans Projekt
konkretisieren

Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass hier eine enge fachliche Nähe zur Maschinentechnik besteht. Bei der Maschinentechnik kann es Neuplanungen oder auch Übernahmen geben. Das hat sehr unterschiedliche Mitwirkungsleistungen zur Folge, beispielsweise

- Angabe funktionaler Anforderungen im Zusammenhang mit etwaiger bauseitiger Maschinentechnik, die ins Bauwerk eingebracht wird,
- ob und welche Sicherheitsmaßnahmen zu planen sind (z. B. Einbruchmeldeanlage mit Aufschaltung),
- ob elektroakustische Anlagen für Sprachdurchsagen gewünscht werden,
- ob die technischen Anlagen nach Nutzereinheiten getrennt betrieben werden sollen oder nicht,
- welche ökologischen Erwartungen (z. B. Solaranlagen, Regenwasserversickerung, Zertifizierung, andere Ansprüche) bestehen,
- welche Vorgaben für die Betriebssicherheit anzuwenden sind.

PRAXISTIPP | Auch Fachplaner sind keine Allroundverantwortlichen. Der professionelle Auftraggeber sollte schon erklären (auch auf Ihre Anfrage), was er erwartet. Kann er das nicht selbst, darf er Sie rechtzeitig um Planungsvorschläge bitten. Damit das „rechtzeitig“ auch dem geordneten Planungsvertiefungsprozess entspricht, kann sich der Bauherr an der folgenden Übersicht orientieren.

■ Obliegenheit des Auftraggebers in allen Lph der Fachplanung TGA

- Schaffung der Planungsvoraussetzungen, Bereitstellung der Finanzierung, Angabe von Planungszielen
- Bereitstellung von Unterlagen, die als Ausgangsbasis für die Objektplanung erforderlich, aber nicht Vertragsbestandteil anderer Leistungen sind (bei Umbauten z. B. Bestandsaufnahmen)
- Erfüllung der Koordinierungsobliegenheiten z. B. als leistungsbildübergreifende (organisatorische) Koordination verschiedener Objektplaner, soweit nicht Bestandteil von extern beauftragten (=delegierten) Leistungen
- Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung rechtzeitiger Bereitstellung von Planungsbeiträgen Dritter, damit die Koordinations- und Integrationsleistungen rechtzeitig erbracht werden können,
- Erfüllung der Mitwirkungspflichten nach § 642 BGB, rechtzeitiges Treffen aller für den Terminablauf erforderliche Entscheidungen (z. B. Entscheidung über Varianten in Lph 2)
- Rechtzeitige Beauftragungen (in der Regel ab Lph 1) von Planungs- und Beratungsleistungen, die erforderlich sind (§ 650p BGB), ggf. Zustimmung zur Kosteneinschätzung gemäß § 650p Abs. 2 BGB
- Im Falle von Änderungen gemäß § 650b BGB: Anstreben des Einvernehmens über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung, ansonsten formale Vorgabe von Änderungsbegehren und Beachtung der Wartefrist von 30 Tagen bei Ausübung des Anordnungsrechts (erhebliche Terminauswirkungen), Vergütungsanpassung (z. B. gemäß § 650c BGB)
- Bearbeitung und Entscheidung über alle Rechtsfragen (z. B. Sanktionen, Kündigungen, Auftragsvergabeverfahren), soweit nicht Bestandteil von Verträgen mit Dritten, Bearbeitung vergaberechtlicher Fragen
- Ggf. Abschluss von Bauwesen-Haftpflichtversicherungen (z. B. objektbezogene Haftpflicht für alle Beteiligten unter Einschluss bestehender Versicherungen)
- Abnahmen von Planungs- und Bauleistungen gemäß § 640 BGB
- Entgegennahme von Leistungen und vertragliche Abwicklung geschlossener Verträge als Vertragspartner
- Rechtzeitige Auszahlung von Rechnungen

Grundleistung Lph 1	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Klären der Aufgabenstellung aufgrund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers im Benehmen mit dem Objektplaner b) Ermitteln der Planungsrandbedingungen und Beraten zum Leistungsbedarf und ggf. zur technischen Erschließung c) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellung aller planungsrelevanten Erschließungsangaben der Ver- und Entsorgung, z. B. Lageangaben von Strom/Wasser/Abwasser/Gas/Fernwärme unter Zuhilfenahme Dritter (z. B. Gasdruck, Wasserdruck, Versorgung in L/h für Löschwasserbereitstellung ...) ■ Angabe zu grundlegenden Anforderungen, z. B. behindertengerechte innere Erschließung (Anlagengruppe Förderanlagen) oder Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Überwachungs- und Meldeanlagen) ■ Sonstige Vorgaben: etwaige Betriebsplanungen, Funktionsplanungen, Verwendung öffentlicher Fördermittel, vorgesehener terminlicher Rahmen, vorgesehener Kostenrahmen ■ Erwartungen hinsichtlich etwaiger Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit von technischen Anlagen ■ Angaben zu finanziellen Rahmenbedingungen (z. B. Investitionskosten, Betriebskosten je Anlage) ■ Übergabe AG-seitiger betrieblicher Vorschriften (z. B. bei gewerblichen Projekten für Investoren) ■ Angaben zu Besonderheiten, z. B. spätere Erweiterbarkeit, besondere Flexibilität von Anlagen, bei Umbauten: bereits bestehende bauaufsichtliche Anpassungsverlangen (z. B. Brandmeldeanlage im Bestand) ■ Bereitstellung aller Bestandsunterlagen bei Umbauten (ggf. mit Hilfe Dritter) ■ Entscheidungen zur Beauftragung weiterer Planungs- und Beratungsleistungen (Berater, Gutachter)

Grundleistung Lph 2	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Analysieren der Grundlagen, Mitwirken beim Abstimmen der Leistungen mit den Planungsbeteiligten b) Erarbeiten eines Planungskonzepts, dazu gehören z. B.: Vordimensionieren der Systeme und maßbestimmenden Anlagenteile, Untersuchen von alternativen Lösungsmöglichkeiten bei gleichen Nutzungsanforderungen einschließlich Wirtschaftlichkeitsvorbetrachtung, zeichnerische Darstellung zur Integration in die Objektplanung unter Berücksichtigung exemplarischer Details, Angaben zum Raumbedarf c) Aufstellen eines Funktionsschemas bzw. Prinzipschaltbildes für jede Anlage d) Klären und Erläutern der wesentlichen fachübergreifenden Prozesse, Randbedingungen und Schnittstellen, Mitwirken bei der Integration der technischen Anlagen e) Vorverhandlungen mit Behörden über die Genehmigungsfähigkeit und mit den zu beteiligenden Stellen zur Infrastruktur f) Kostenschätzung nach DIN 276 (2. Ebene) und bei der Terminplanung g) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorgabe konkreter Planungsgrundlagen, z. B. vertiefte Betriebsablaufplanung, ggf. Berücksichtigung bereits vorhandener oder bauseitig zu beschaffender Maschinentechnik (z. B. bei Betrieben, Berufsschulen), ■ Angabe von Leistungen Dritter, z. B. EVU ■ Bereitstellung von Fachgutachten (z. B. Brandschutzgutachten) ■ Angabe von Planungszielen im Hinblick auf allgemeine energetische Eigenschaften (z. B. Zertifizierungen) ■ Entscheidung über die Kommunikation mit Behörden (ggf. Erteilung einer entsprechenden Vollmacht) ■ Gestalterische und funktionale Erwartungen, z. B. Technische Ausrüstung soll teilweise sichtbar sein, unterbrechungsfreie Stromversorgung, Gestaltungsvorgaben für Einrichtungsgegenstände, Anlagentrennung in verschiedene Mietbereiche, EDV-technische funktionale Anforderungen ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge des Fachplaners als Grundlage für die zu erstellende Kostenschätzung ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Vorplanungsergebnisse

Grundleistung Lph 3	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Durcharbeiten des Planungskonzepts (stufenweise Erarbeitung einer Lösung) unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen sowie unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen, bis zum vollständigen Entwurf b) Festlegen aller Systeme und Anlagenteile c) Berechnen und Bemessen der technischen Anlagen und Anlagenteile, Abschätzen von jährlichen Bedarfswerten (z. B. Nutz-, End- und Primärenergiebedarf) und Betriebskosten; Abstimmen des Platzbedarfs für technische Anlagen und Anlagenteile; Zeichnerische Darstellung des Entwurfs in einem mit dem Objektplaner abgestimmten Ausgabemaßstab mit Angabe maßbestimmender Dimensionen, ... d) Übergeben der Berechnungsergebnisse an andere Planungsbeteiligte zum Aufstellen vorgeschriebener Nachweise; Angabe und Abstimmung der für die Tragwerksplanung notwendigen Angaben über Durchführungen und Lastangaben (ohne Anfertigen von Schlitz- und Durchführungsplänen) e) Verhandlungen mit Behörden und mit anderen zu beteiligenden Stellen über die Genehmigungsfähigkeit f) Kostenberechnung nach DIN 276 (3. Ebene) und bei der Terminplanung g) Kostenkontrolle durch Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung h) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorgabe konkreter gewünschter – entwurfsrelevanter – Planungsgrundlagen, soweit nicht bereits in der Vorentwurfsplanung erforderlich, z. B. zu Systemen oder Anlagenteilen ■ Angaben zu technischen Besonderheiten ■ Bereitstellung von Unterlagen, die für die Entwurfsplanung erforderlich aber nicht Vertragsbestandteil beim Objektplaner sind ■ Entwurfsrelevante Angaben zu bauseits bereitzustellenden maschinentechnischen Einbauten, Einrichtungen und Ausstattungen, soweit nicht bereits in Lph 2 erteilt ■ Angaben zu konkreten gestalterischen Erwartungen, soweit im Rahmen der Entwurfsplanung noch relevant ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenberechnung ■ Evtl. Abstimmung der Planung mit Förderbehörden im Hinblick auf Zuwendungsfähigkeit, ■ Entscheidung über etwaige Aufträge zu Planungsänderungen gegenüber der Vorplanung an die jeweils betroffenen Beteiligten, ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Planungsergebnisse
Grundleistung Lph 4	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öffentlich-rechtliche Genehmigungen oder Zustimmungen, einschließlich der Anträge auf Ausnahmen oder Befreiungen sowie Mitwirken bei Verhandlungen mit Behörden b) Vervollständigen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellen aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen und Nachweise, soweit nicht im Ingenieurvertrag vereinbart ■ Unterzeichnen der Antragsunterlagen als Antragsteller ■ Veranlassen von Ergänzungen und Anpassungen ■ Ggf. Veranlassung von Planungsänderungen ■ Bereitstellung der vollständigen Genehmigungsbescheide mit allen Auflagen und Hinweisen an die Planer, Fachplaner und Berater, Förderbehörden o.ä. ■ Entscheidung über etwaige Widerspruchsverfahren innerhalb der Rechtsbehelfsfristen

Grundleistung Lph 5 <ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der Lph 3 und 4 (stufenweise Erarbeitung und Darstellung der Lösung) unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen bis zur ausführungsfähigen Lösung b) Fortschreiben der Berechnungen und Bemessungen zur Auslegung der technischen Anlagen und Anlagenteile Zeichnerische Darstellung der Anlagen in einem mit dem Objektplaner abgestimmten Ausgabemaßstab und Detaillierungsgrad ... Anpassen und Detaillieren der Funktions- und Strangschemata der Anlagen bzw. GA Funktionslisten, Abstimmen der Ausführungszeichnungen mit Objekt- und Fachplanern c) Anfertigen von Schlitz- und Durchbruchplänen d) Fortschreibung des Terminplans e) Fortschreiben der Ausführungsplanung...; Übergeben der fortgeschriebenen Ausführungsplanung an die ausführenden Unternehmen f) Prüfen und Anerkennen der Montage- und Werkstattpläne der ausführenden Unternehmen auf Übereinstimmung mit der Ausführungsplanung 	Obliegenheit des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"> ■ Übergabe der Baugenehmigung an die Fachplaner (mit allen Anlagen, Auflagen und Hinweisen) ■ Entscheidung zu ggf. erforderlichen Nutzerangaben, soweit nicht bereits in Lph 3 entschieden ■ Entscheidung über die etwaige Beauftragung von Planungsänderungen, falls Abweichungen gegenüber der Entwurfsplanung veranlasst werden ■ Ggf. Anfordern von Montage- und Werkstattplänen (z. B. nach fruchtloser Anforderung durch den Fachplaner)
Grundleistung Lph 6 <ul style="list-style-type: none"> a) Ermitteln von Mengen als Grundlage für das Aufstellen von LV in Abstimmung mit Beiträgen anderer an der Planung fachlich Beteiligter c) Mitwirken beim Abstimmen der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der anderen an der Planung fachlich Beteiligten d) Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer bepreisten LV e) Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten LV mit der Kostenberechnung f) Zusammenstellen der Vergabeunterlagen 	Obliegenheit des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"> ■ Mitwirken beim Festlegen der Meilensteine von Vergaben ■ Einvernehmen hinsichtlich des Vergabeterminplans, Angabe der AG-seitigen Zeitbedarfe für bei Vergabeverfahren ■ Erbringung der nicht delegierbaren AG-Leistungen, z. B. Festlegung der Vergabeart, Auftragserteilung, interne Dokumentationsleistungen, rechtzeitige Entscheidungen ■ Öffentliche AG: Bereitstellung und federführende Bearbeitung eines Vergabemanagementsystems zur E-Vergabe ■ Veröffentlichungen, Kommunikation mit Fördermittelgebern ■ Festlegung der Vergabeart nach VOB oder bei privaten Projekten nach AG-Präferenzen ■ Klärung von Vergaberechtsfragen, z. B. produktneutrale Ausschreibung, Zulassen von Nebenangeboten / Eventualpos. ■ Bereitstellung der rechtlichen Teile der Vertragsregelungen (z. B. Skontoregelungen, Vertragsstrafenregelungen Tarifvorgaben, ...) ■ Angabe von AG-seitigen Vorgaben für den Bauablauf, z. B. Aufrechterhaltung des Betriebs während Umbauarbeiten...
Grundleistung Lph 7 <ul style="list-style-type: none"> a) Einholen von Angeboten b) Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen der Preisspiegel nach Einzelpositionen, Prüfen und Werten der Angebote für zusätzliche oder geänderte Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise c) Führen von Bietergesprächen d) Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung e) Erstellen der Vergabevorschläge, Mitwirken bei der Dokumentation der Vergabeverfahren f) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen und bei der Auftragserteilung 	Obliegenheit des Auftraggebers <ul style="list-style-type: none"> ■ Rechtliche Vorgaben zur Angebotseinholung ■ Öffentliche AG: AG-seitige Vergabedokumentation (z. B. nach Dienstvorschriften des öffentlichen AG) ■ Bearbeitung von Rechtsfragen die im Zuge des Vergabeverfahrens anfallen, z. B. Klärung der Frage, ob Nebenangebote zulässig sind ■ Öffentliche AG: Organisatorische Abwicklung der Vergabe (z. B. Bieterlisten, Angebotseröffnung, Niederschrift, etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens, Schriftverkehr mit Bietern z. B. bei Zuschlagsfristverlängerung, Absageschreiben) ■ Führung von Bietergesprächen, soweit nichttechnische Vertragsregelungen betroffen sind (z. B. Zahlungsmodalitäten, Sicherheitseinhalte, Sicherheitsleistungen...) ■ Beauftragung von Bau- und Lieferaufträgen einschließl. etwaiger Nachtragsvereinbarungen ■ Übergabe der endgültig abgeschlossenen Ausführungsverträge an Fachplaner als Grundlage zur weiteren Leistungserbringung

Grundleistung Lph 8	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Überwachen der Ausführung des Objekts auf Übereinstimmung mit der öffentl.-rechtl. Genehmigung oder Zustimmung, Verträgen mit den ausf. Unternehmen, Ausführungsunterlagen, Montage- und Werkstattplänen, Vorschriften und allgemein anerkannten Regeln der Technik b) Mitwirken bei der Koordination der am Projekt Beteiligten c) Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen des Terminplans (Balkendiagramm) d) Dokumentation des Bauablaufs (Bautagebuch) e) Prüfen und Bewerten der Notwendigkeit geänderter oder zusätzlicher Leistungen der Unternehmer und der Angemessenheit der Preise f) Gemeinsames Aufmaß ... g) Rechnungsprüfung in rechnerischer und fachlicher Hinsicht mit Prüfen und Bescheinigen des Leistungsstands anhand nachvollziehbarer Leistungsnachweise h) Kostenkontrolle durch Überprüfen der Leistungsabrechnungen i) Kostenfeststellung j) Mitwirken bei Leistungs- u. Funktionsprüfungen k) Fachtechnische Abnahme der Leistungen auf Grundlage der vorgelegten Dokumentation, Erstellung eines Abnahmeprotokolls, Feststellen von Mängeln und Erteilen einer Abnahmeempfehlung l) Antrag auf behördliche Abnahmen und Teilnahme daran m) Prüfung der übergebenen Revisionsunterlagen auf Vollständigkeit, -ständigkeit und stichprobenartige Prüfung auf Übereinstimmung mit dem Stand der Ausführung n) Auflisten der Verjährungsfristen der Ansprüche auf Mängelbeseitigung o) Überwachen der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel p) Systematische Zusammenstellung der Dokumentation, der zeichnerischen Darstellungen und rechnerischen Ergebnisse des Objekts 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vertragliche Regelung, Entscheidungen hinsichtlich des Zusammenwirkens unterschiedlicher Unternehmer auf der Baustelle ■ Vertragliche Regelungen zur Überlassung von Lager- und Betriebsflächen soweit erforderlich (z. B. auf Grundstücken Dritter) ■ Sicherstellung der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B (z. B. Verkehrsregelungen) ■ Zustandsfeststellung der vorhandenen Situation vor Baubeginn gemäß VOB/B, ggf. unter Zuhilfenahme Dritter ■ Bereitstellen der öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse sowie der Genehmigungen von Ver- und Entsorgern (z. B. nach Wasserrecht, Lärmschutz), soweit für ausführende Unternehmen und Bauüberwachung von Bedeutung ■ Erteilung von Anordnungen gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B ■ Entscheidung und Beauftragung inhaltlicher/fachlicher Änderungen der Bau- und Lieferverträge (z. B. Nachträge) ■ Entscheidung und Beauftragung hinsichtlich geänderter Terminabläufe (betreffend Verträge zwischen Bauherr und ausführenden Unternehmen, in enger Abstimmung mit Planungsbüros bzw. Bauüberwachung) ■ Entscheidung über Zahlungsmodalitäten, z. B. Skonto, Sicherheitseinbehalte, Bürgschaften, Abzüge bei Mängeln, Druckzuschläge ■ Organisation und Beauftragung der Sicherung und Bewachung der Baustelle, soweit erforderlich ■ Mitwirkung bei den einzelnen Inbetriebnahmen (Übergabe und Abnahme nach VOB/VOL/BGB, Entgegennahme der Dokumentationen) ■ Entgegennahme und Abnahme von Bau- und Lieferleistungen ■ Betriebsführung fertiggestellter und abgenommener Anlagentechnik im Gebäude bis zur Objektübergabe durch den Objektplaner ■ Auszahlung von Rechnungen, Information aller geleisteten Zahlungen an den für die Rechnungsprüfung zuständigen Planer/Bauüberwachung ■ Übernahme der Gefahrtragung von Bau- und Lieferleistungen nach deren Abnahme ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen der bei der Abnahme festgestellten Mängel im Rahmen des bereits laufenden Gebäudebetriebs
Grundleistung Lph 9	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel ... b) Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen c) Freigabe von Sicherheitsleistungen (Mitwirken) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen festgestellter Mängel im Rahmen des bereits übernommenen Gebäudebetriebs ■ Mitwirkung bei der Terminfestlegung von Mängelbeseitigungen ■ Auszahlung von Sicherheitsleistungen ■ Ggf. Erstellung sog. Verwendungsnachweise für Behörden, die Fördermittel gewährt haben ■ Verwahrung der Dokumentationen, die nach der Baugenehmigung bzw. dem Baurecht aufzubewahren sind

PROJEKTABWICKLUNG

Das Leistungsbild für Auftraggeber im Planbereich Verkehrsanlagen

Bei den Verkehrsanlagen besteht eine Besonderheit darin, dass die örtliche Bauüberwachung im Preisrecht nicht geregelt ist und damit je Objekt individuell vereinbart werden kann. Das hat Auswirkungen auf die Leistungen, die dem Auftraggeber obliegen. Es ist stets zu prüfen, welche besonderen Leistungen der örtlichen Bauüberwachung erforderlich sind. Danach richten sich auch die Auftraggeber-Leistungen. Als weitere wichtige Leistung des Auftraggebers ist die Beauftragung aller Fachplanungen und -gutachten (Umwelt, Lärm etc.) zu nennen.

■ Obliegenheit des Auftraggebers in allen Leistungsphasen übergreifend

- Schaffung der Planungsvoraussetzungen, Bereitstellung der Finanzierung, Angabe von Planungszielen
- Bereitstellung von Unterlagen, die als Ausgangsbasis für die Objektplanung erforderlich, aber nicht Vertragsbestandteil anderer Leistungen sind (bei Umbauten z. B. Bestandsaufnahmen)
- Abschluss von Verträgen und Beauftragungen über erforderliche weitere Leistungen (z. B. naturschutzrechtliche Beratung, leistungsbildübergreifendes Lärminderungskonzept)
- Bereitstellung von Objektplanungen Dritter (z. B. an Verkehrsanlage angrenzende Ingenieurbauwerke)
- Erfüllung der Koordinierungsobliegenheiten z. B. als leistungsbildübergreifende (organisatorische) Koordination verschiedener Objektplaner, soweit nicht Bestandteil von extern beauftragten (=delegierten) Leistungen; (z. B. organisatorische Koordination Gebäudeplanung – Freianlagenplanung – Ingenieurbauwerke auf einer Baufläche, um übergeordnete Kostenziele einzuhalten)
- Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung rechtzeitiger Bereitstellung von Planungsbeiträgen Dritter, damit die Koordinations- und Integrationsleistungen rechtzeitig erbracht werden können
- Erfüllung der Mitwirkungspflichten nach § 642 BGB, rechtzeitiges Treffen aller für den Terminablauf erforderlichen Entscheidungen (z. B. Entscheidung über Varianten in Lph 2)
- Rechtzeitige Beauftragungen (in der Regel ab Lph 1) von Planungs- und Beratungsleistungen, die erforderlich sind (§ 650p BGB); ggf. Zustimmung zur Kosteneinschätzung gemäß § 650p Abs. 2 BGB
- Im Falle von Änderungen gemäß § 650b BGB: Anstreben des Einvernehmens über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung, ansonsten formale Vorgabe von Änderungsbegehren und Beachtung der sog. Wartefrist von 30 Tagen bei Ausübung des Anordnungsrechts (erhebliche Terminauswirkungen), Vergütungsanpassung (z. B. gemäß § 650 c BGB)
- Bearbeitung und Entscheidung über alle Rechtsfragen (z. B. Sanktionen, Kündigungen, Auftragsvergabeverfahren), soweit nicht Bestandteil von Verträgen mit Dritten, Bearbeitung vergaberechtlicher Fragen
- Ggf. Abschluss von Bauwesen-Haftpflichtversicherungen (z. B. objektbezogene Haftpflicht für alle Beteiligten unter Einschluss bestehender Versicherungen)
- Abnahmen von Planungs- und Bauleistungen gemäß § 640 BGB
- Entgegennahme von Leistungen und vertragliche Abwicklung geschlossener Verträge als Vertragspartner
- Rechtzeitige Auszahlung von Rechnungen

Grundleistung Lph 1	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Klären der Aufgabenstellung aufgrund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers b) Ermitteln der Planungsrandbedingungen sowie Beraten zum gesamten Leistungsbedarf c) Formulieren von Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer an der Planung fachlich Beteiligter d) Ortsbesichtigung e) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellung aller planungsrelevanten Grundstücksangaben (z. B. evtl. unter Zuhilfenahme weiterer Beteiligter) ■ Übergabe von Planungsstudien (z. B. Verkehrsaufkommen) ■ Städtebauliche/Landschaftsplanerische Erwartungshaltung (z. B. Einbindung der Verkehrsanlage in die Umgebung) ■ Angaben zu finanziellen Rahmenbedingungen (z. B. Investitionskosten), Angabe ob öffentliche Fördermittel angestrebt werden ■ Erwartung zum terminlichen Projektablauf ■ Angaben zu Besonderheiten (z. B. spätere Veränderbarkeit) ■ Bereitstellung erforderlicher Bestandsunterlagen (ggf. mit Hilfe Dritter) ■ Entscheidungen bzw. Beauftragungen der weiteren Planungs- und Beratungsbeteiligten ■ Einzelfallbezogene Erwartungen (z. B. ökologische Anforderungen, provisorische Maßnahmen) ■ Entscheidung über die Kommunikation mit Behörden
Grundleistung Lph 2	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Beschaffen und Auswerten amtlicher Karten b) Analysieren der Grundlagen c) Abstimmen der Zielvorstellungen auf die öffentlich-rechtlichen Randbedingungen sowie Planungen Dritter d) Untersuchen von Lösungsmöglichkeiten mit ihren Einflüssen auf bauliche und konstruktive Gestaltung, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit unter Beachtung der Umweltverträglichkeit e) Erarbeiten eines Planungskonzepts einschließlich Untersuchung von bis zu 3 Varianten nach gleichen Anforderungen mit zeichnerischer Darstellung und Bewertung unter Einarbeitung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter ... f) Klären und Erläutern der wesentlichen fachspezifischen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen g) Vorabstimmen mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten über die Genehmigungsfähigkeit, ggf. Mitwirken bei Verhandlungen über Bezuschussung und Kostenbeteiligung h) Mitwirken bei Erläutern des Planungskonzepts gegenüber Dritten an bis zu 2 Terminen j) Bereitstellen von Unterlagen als Auszüge aus der Voruntersuchung zur Verwendung für ein Raumordnungsverfahren k) Kostenschätzung, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen l) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellung vorhandener Karten und sonstiger verfügbarer Planungsgrundlagen ■ Vorgabe von weiteren konkreten Planungsgrundlagen (z. B. Anschlüsse an bestehende oder geplante weitere Verkehrsanlagen oder andere Objekte) ■ Angabe zur etwaigen Übernahme vorhandener Leistungen ■ Angaben zur möglichen Mittelbereitstellung in Bezug auf den vorgesehenen Terminplan und öffentl. Fördermittel ■ Angaben zu konkreten gestalterischen Erwartungen, ggf. Angaben zu Materialvorstellungen ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann (z. B. über Varianten) ■ Organisation von Erörterungsterminen mit Dritten (z. B. Planungsbetroffenen) ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenschätzung ■ Angabe der auftraggeberseitigen terminlichen Zwangspunkte (Meilensteine, provisorische Maßnahmen) aus Nutzersicht ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Vorplanungsergebnisse ■ Erstellung etwaiger Finanzierungsanträge (evtl. unter Zuhilfenahme Dritter und Ergänzung durch Planungsunterlagen)

Grundleistung Lph 3	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten des Entwurfs auf Grundlage der Vorplanung ... b) Erläuterungsbericht unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter c) Fachspezifische Berechnungen, ausgenommen Berechnungen aus anderen Leistungsbildern d) Ermitteln der zuwendungsfähigen Kosten ... e) Mitwirken beim Erläutern des vorläufigen Entwurfs gegenüber Dritten an bis zu 3 Terminen, ... f) Vorabstimmen der Genehmigungsfähigkeit mit Behörden ... g) Kostenberechnung einschließlich Mengenermittlung, Vergleich mit Kostenschätzung h) Überschlägige Festlegung der Abmessungen von Ingenieurbauwerken i) Ermitteln der Schallimmissionen von der Verkehrsanlage nach Tabellenwerten ... j) Rechnerische Festlegung des Objekts k) Darlegen der Auswirkungen auf Zwangspunkte l) Nachweis der Lichtraumprofile m) Ermitteln der wesentlichen Bauphasen unter Berücksichtigung der Verkehrslenkung und der Aufrechterhaltung des Betriebs während der Bauzeit n) Bauzeiten- und Kostenplan o) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ggf. weitere Angabe von detaillierten Planungszielen, soweit nicht bereits in der Lph 2 erfolgt ■ Bereitstellung von Unterlagen die für die Objektplanung der Verkehrsanlagen erforderlich aber nicht Vertragsbestandteil beim Objektplaner Verkehrsanlagen sind ■ Angaben zu konkreten gestalterischen Erwartungen hinsichtlich von Details, soweit nicht bereits in Lph 2 benannt ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Evtl. Abstimmung der Planung mit Förderbehörden im Hinblick auf Zuwendungsfähigkeit ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenberechnung ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Planungsergebnisse ■ Erstellung etwaiger Finanzierungsanträge
Grundleistung Lph 4	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten und Zusammenstellen der Unterlagen für die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Verfahren oder Genehmigungsverfahren ... b) Erstellen Grunderwerbsplan und Grunderwerbsverzeichnis unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter c) Vervollständigen und Anpassen der Planungsunterlagen, ... d) Abstimmen mit Behörden e) Mitwirken in Genehmigungsverfahren einschließlich der Teilnahme an bis zu 4 Erläuterungs-, Erörterungsterminen f) Mitwirken beim Abfassen von Stellungnahmen zu Bedenken und Anregungen in bis zu 10 Kategorien 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Grunderwerb gemäß erarbeitetem Grunderwerbsplan ■ Organisation der Genehmigungsverfahren, der Erörterungstermine und ggf. Stellungnahmen (soweit erforderlich unter Zuhilfenahme von Planern und Beratern) ■ Unterzeichnen der Antragsunterlagen als Antragsteller ■ Bereitstellen aller für die Genehmigung erforderlichen Nachweise/Gutachten (soweit nicht im Ingenieurvertrag vereinbart) ■ Organisation erforderlicher Erörterungstermine beim Genehmigungsverfahren, Veranlassung von Stellungnahmen ■ Veranlassen von Ergänzungen und Anpassungen bzw. von Mängelbeseitigungen ■ Weiterleitung der vollständigen Genehmigungsbescheide mit allen Auflagen und Hinweisen an die Planer, Fachplaner und Berater ■ Entscheidung über etwaige Widerspruchsverfahren innerhalb der Rechtsbehelfsfristen
Grundleistung Lph 5	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der Lph 3 und 4 unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen ... bis zur ausführungsfähigen Lösung b) Zeichnerische Darstellung, Erläuterungen und zur Objektplanung gehörige Berechnungen mit allen für die Ausführung notwendigen Einzelangaben einschließlich Detailzeichnungen in den erforderlichen Maßstäben c) Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten und Integrieren ihrer Beiträge bis zur ausführungsfähigen Lösung d) Vervollständigen der Ausführungsplanung während der Objektausführung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Entscheidung zu erforderlichen Planungsfestlegungen im Zuge der Planungsvertiefung, soweit nicht bereits in Lph 3 entschieden ■ Entscheidung über die etwaige Beauftragung von Planungsänderungen, falls Abweichungen gegenüber der genehmigten Entwurfsplanung veranlasst werden ■ Entscheidung über etwaige Änderungen gegenüber dem geplanten Terminablauf, oder der Finanzierung ■ Ggf. organisatorische Maßnahmen falls leistungsbildübergreifende Koordination unsachgemäß erfolgt

Grundleistung Lph 6	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Ermitteln von Mengen nach Einzelpositionen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligten b) Aufstellen der Vergabeunterlagen ... c) Abstimmen und Koordinieren der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der anderen an der Planung fachlich Beteiligten d) Festlegen der wesentlichen Ausführungsphasen e) Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse f) Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung g) Zusammenstellen der Vergabeunterlagen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mitwirken beim Festlegen der Meilensteine von Vergaben, ■ Einvernehmen hinsichtlich des Vergabeterminplans, Angabe der AG-seitigen Zeitbedarfe für Vergabeverfahren ■ Erbringung der nicht delegierbaren AG-Leistungen, z. B. Festlegung der Vergabeart, Auftragserteilung, interne Dokumentationsleistungen, rechtzeitige Entscheidungen ■ Bereitstellung und federführende Bearbeitung eines Vergabemanagementsystems zur E-Vergabe bei öffentlichen Aufträgen ■ Veröffentlichungen, Kommunikation mit Fördermittelgebern, ■ Festlegung der Vergabeart ■ Klärung von Vergaberechtsfragen, z. B. produktneutrale Ausschreibung, Zulassen von Nebenangeboten / Eventualpos. ■ Bereitstellung der rechtlichen Teile der Vertragsregelungen, (z. B. Skontoregelungen, Vertragsstrafenregelungen, Tarifvorgaben, ...) ■ Angabe von AG-seitigen Vorgaben für den Bauablauf, z. B. Aufrechterhaltung des Betriebs während der Umbauarbeiten...

Grundleistung Lph 7	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Einholen von Angeboten b) Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen des Preisspiegels c) Abstimmen und Zusammenstellen der Leistungen der fachlich Beteiligten, die an der Vergabe mitwirken d) Führen von Bietergesprächen e) Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens f) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen g) Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung h) Mitwirken bei der Auftragserteilung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anwendung des Vergabemanagementsystems bei E-Vergaben, Durchführung von Submissionen ■ Auftraggeberseitige Vergabedokumentation nach internen Dienstvorschriften des öffentlichen Auftraggebers ■ Bearbeitung von Rechtsfragen, bei Vergabeverfahren, bei privaten AG: Bearbeitung von Rechtsfragen nach Compliance-Richtlinien ■ Führung von Bietergesprächen, soweit nicht Architektenleistungen betroffen sind (z. B. Zahlungsmodalitäten, Sicherheits-einhalte, Sicherheitsleistungen, nichttechnische Ergebnisse von Vertragsverhandlungen) ■ Rechtzeitige Entscheidung über die Vergabe von Bau- und Lieferaufträgen einschließlich etwaiger Nachtragsvereinbarungen ■ Verwaltungsmäßige Abwicklung bei öffentlichen Vergabeverfahren, z. B. Bieterlisten, Angebotseröffnung, Niederschrift ■ Vergabevermerk, ggf. Vermerk zur Aufhebung, Schriftverkehr mit Bietern betreffend Aufhebung oder Zuschlagsfristverlängerung, Absageschreiben, Klärung der Zulässigkeit von Nebenangeboten

Grundleistung Lph 8	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Aufsicht über die örtliche Bauüberwachung, Koordinierung der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten, ... b) Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplans (Balkendiagramm) c) Veranlassen und Mitwirken daran, die ausführenden Unternehmen in Verzug zu setzen d) Kostenfeststellung, Vergleich der Kostenfeststellung mit der Auftragssumme e) Abnahme von Bauleistungen ... f) Antrag auf behördliche Abnahmen und Teilnahme g) Überwachen der Prüfungen der Funktionsfähigkeit der Anlagenteile und der Gesamtanlage h) Übergabe des Objekts i) Auflisten der Verjährungsfristen der Mängelansprüche j) Zusammenstellen und Übergeben der Dokumentation des Bauablaufs ... 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellen öffentlich-rechtlicher Genehmigungen und Erlaubnisse (z. B. nach Bau-, Gewerbe-, Straßen- oder Wasserrecht, Lärmschutz) soweit relevant ■ Erteilung von Anordnungen nach VOB/B ■ Entscheidung und Beauftragung inhaltlicher/fachlicher Änderungen der Bau- und Lieferverträge (Nachträge) ■ Entscheidung über Zahlungsmodalitäten (z. B. Skonto, Sicherheitseinhalte, Bürgschaften, Abzüge bei Mängeln, Druckzuschläge) ■ Organisation und Beauftragung der Sicherung und Bewachung der Baustelle (soweit aus Sicht des Bauherrn erforderlich) ■ Entgegennahme der Dokumentationen ■ Betrieb abgenommener und fertiggestellter Anlagentechnik ■ Abnahme von Bau- und Lieferleistungen ■ Erfüllung der Mitwirkungspflichten gemäß § 642 BGB ■ Auszahlung von Rechnungen, Information des für die Rechnungsprüfung zuständigen Planers über Zahlungen ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen der bei der Abnahme festgestellten Mängel im Rahmen des bereits übernommenen Gebäudebetriebs

Grundleistung Lph 9	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel ... b) Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen c) Freigabe von Sicherheitsleistungen (Mitwirken) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen festgestellter Mängel im Rahmen des bereits übernommenen Gebäudebetriebs ■ Mitwirkung bei der Terminfestlegung von Mängelbeseitigungen ■ Auszahlung von Sicherheitsleistungen ■ Ggf. Erstellung sog. Verwendungsnachweise für Behörden, die Fördermittel gewährt haben ■ Verwahrung der Dokumentationen, die nach der Baugenehmigung bzw. dem Baurecht aufzubewahren sind

PROJEKTABWICKLUNG

Das Leistungsbild für Auftraggeber im Bereich Planung von Ingenieurbauwerken

**Sehr breites
Auftraggeber-
Leistungsbild**

I Ingenieurbauwerke können äußerst unterschiedliche Objektarten mit unterschiedlichen fachtechnischen Charakteristiken sein (siehe Objektlisten). Die Honorareffizienz ist ebenso unterschiedlich. Daher ist auch das Leistungsbild für Bauherren entsprechend weitreichend auszulegen. |

**Was regeln Sie
zur örtlichen
Bauüberwachung?**

Bei den Ingenieurbauwerken besteht eine Besonderheit darin, dass die örtliche Bauüberwachung im Preisrecht nicht geregelt ist und damit je Objekt individuell vereinbart werden kann. Das hat Auswirkungen auf die Leistungen, die dem Auftraggeber obliegen. Es ist stets zu prüfen, welche Besonderen Leistungen der örtlichen Bauüberwachung erforderlich sind. Danach richten sich auch die Leistungen, die dem Auftraggeber obliegen. Als weitere wichtige Leistung des Auftraggebers ist die Beauftragung aller Fachplanungen und -gutachten zu nennen.

■ Obliegenheit des Auftraggebers in allen Leistungsphasen übergreifend

- Schaffung der Planungsvoraussetzungen, Bereitstellung der Finanzierung, Angabe von Planungszielen
- Bereitstellung von Unterlagen, die als Ausgangsbasis für die Objektplanung erforderlich, aber nicht Vertragsbestandteil anderer Leistungen sind (bei Umbauten z. B. Bestandsaufnahmen)
- Abschluss von Verträgen und Beauftragungen über erforderliche weitere Leistungen (z. B. naturschutzrechtliche Beratung, leistungsbildübergreifendes Lärminderungskonzept)
- Bereitstellung von Objektplanungen Dritter (z. B. an Verkehrsanlage angrenzende Ingenieurbauwerke)
- Erfüllung der Koordinierungsobliegenheiten z. B. als leistungsbildübergreifende (organisatorische) Koordination verschiedener Objektplaner, soweit nicht Bestandteil von extern beauftragten (= delegierten) Leistungen (z. B. organisatorische Koordination von Gebäudeplanung – Freianlagenplanung – Planung Ingenieurbauwerke auf einer Baufläche, um übergeordnete Kostenziele zu erreichen)
- Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung rechtzeitiger Bereitstellung von Planungsbeiträgen Dritter, damit die Koordinations- und Integrationsleistungen rechtzeitig erbracht werden können
- Erfüllung der Mitwirkungspflichten nach § 642 BGB, rechtzeitiges Treffen aller für den Terminablauf erforderlichen Entscheidungen (z. B. Entscheidung über Varianten in Lph 2)
- Rechtzeitige Beauftragungen (in der Regel ab Lph 1) von Planungs- und Beratungsleistungen, die erforderlich sind (§650p BGB), ggf. Zustimmung zur Kosteneinschätzung gemäß § 650p Abs. 2 BGB
- Im Falle von Änderungen gemäß §650b BGB: Anstreben des Einvernehmens über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung, ansonsten formale Vorgabe von Änderungsbegehren und Beachtung der Wartefrist von 30 Tagen bei Ausübung des Anordnungsrechts (erhebliche Terminauswirkungen), Vergütungsanpassung (z. B. gemäß § 650c BGB)
- Bearbeitung und Entscheidung über alle Rechtsfragen (z. B. Sanktionen, Kündigungen, Auftragsvergabeverfahren), soweit nicht Bestandteil von Verträgen mit Dritten, Bearbeitung vergaberechtlicher Fragen,
- Ggf. Abschluss von Bauwesen-Haftpflichtversicherungen (z. B. objektbezogene Haftpflicht für alle Beteiligten unter Einschluss bestehender Versicherungen)
- Abnahmen von Planungs- und Bauleistungen gemäß § 640 BGB
- Entgegennahme von Leistungen und vertragliche Abwicklung geschlossener Verträge als Vertragspartner
- Rechtzeitige Auszahlung von Rechnungen.

Grundleistung Lph 1	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Klären der Aufgabenstellung aufgrund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers b) Ermitteln der Planungsrandbedingungen sowie Beraten zum gesamten Leistungsbedarf c) Formulieren von Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer an der Planung fachlich Beteiligter d) Bei Objekten nach § 41 Nummer 6 und 7, die eine Tragwerksplanung erfordern: Klären der Aufgabenstellung auch auf dem Gebiet der Tragwerksplanung e) Ortsbesichtigung f) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellung aller planungsrelevanten Grundstücksangaben (evtl. unter Zuhilfenahme weiterer Beteiligter) oder Bestandsunterlagen bei Umbauten, Modernisierungen ■ Gestalterische und funktionale Erwartungen, (z. B. bei Brücken: Einbindung in die Umgebung) ■ Soweit erforderlich: Betriebsablaufplanung ■ Angaben zu finanziellen Rahmenbedingungen (z. B. Investitionskosten), Angabe ob öffentliche Fördermittel angestrebt werden ■ Erwartung zum terminlichen Projektablauf ■ Angaben zu Besonderheiten (z. B. spätere Veränderbarkeit) ■ Bereitstellung erforderlicher Bestandsunterlagen (ggf. mit Hilfe Dritter) ■ Entscheidungen bzw. Beauftragungen der weiteren Planungs- und Beratungsbeteiligten ■ Einzelfallbezogene Erwartungen (z. B. ökologische Anforderungen, prov. Maßnahmen) ■ Entscheidung über die Kommunikation mit Behörden

Grundleistung Lph 2	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Analysieren der Grundlagen b) Abstimmen der Zielvorstellungen auf öffentlich-rechtliche Randbedingungen, Planungen Dritter c) Untersuchen von Lösungsmöglichkeiten mit Einflüssen auf bauliche und konstruktive Gestaltung ... d) Beschaffen und Auswerten amtlicher Karten e) Erarbeiten eines Planungskonzepts einschl. Untersuchung alternativer Lösungsmöglichkeiten ... f) Klären und Erläutern der wesentlichen fachspezifischen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen g) Vorabstimmen mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten über die Genehmigungsfähigkeit ... h) Mitwirken beim Erläutern des Planungskonzepts gegenüber Dritten an bis zu zwei Terminen i) Überarbeiten des Planungskonzepts nach Bedenken und Anregungen j) Kostenschätzung, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen k) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorgabe von konkreten Planungsgrundlagen (z. B. Angaben zur Übernahme bereits vorhandener Einrichtungen Maschinenteknik, Ausstattung) ■ Angabe von Planungszielen im Hinblick auf energetische oder gestalterische Eigenschaften ■ Angaben zu technischen Besonderheiten (z. B. Zertifizierungen) ■ Angaben zur Mittelbereitstellung in Bezug auf den vorgesehenen Terminplan ■ Ggf. Abschließen von Verwaltungsvereinbarungen ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenschätzung ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Vorplanungsergebnisse

Grundleistung Lph 3	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten des Entwurfs auf Grundlage der Vorplanung durch zeichnerische Darstellung im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung ... b) Erläuterungsbericht unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter c) Fachspezifische Berechnungen, ausgenommen Berechnungen aus anderen Leistungsbildern d) Ermitteln und Begründen zuwendungsfähiger Kosten, Mitwirken beim Aufstellen des Finanzierungsplans und Vorbereiten der Anträge auf Finanzierung e) Mitwirken beim Erläutern des vorläufigen Entwurfs gegenüber Dritten an bis zu drei Terminen, Überarbeiten des vorläufigen Entwurfs auf Grund von Bedenken und Anregungen f) Vorabstimmen der Genehmigungsfähigkeit mit Behörden ... g) Kostenberechnung einschließlich zugehöriger Mengenermittlung, Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung h) Ermitteln der wesentlichen Bauphasen unter Berücksichtigung der Verkehrslenkung und der Aufrechterhaltung des Betriebs während der Bauzeit i) Bauzeiten- und Kostenplan j) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ggf. weitere Angabe von detaillierten Planungszielen, soweit nicht bereits in der Lph 2 erfolgt ■ Bereitstellung von Unterlagen die für die Objektplanung erforderlich aber nicht Vertragsbestandteil beim Objektplaner sind ■ Angaben zu konkreten gestalterischen Erwartungen hinsichtlich von Details, soweit nicht bereits in Lph 2 benannt ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Evtl. Abstimmung der Planung mit Förderbehörden im Hinblick auf Zuwendungsfähigkeit ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenberechnung ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Planungsergebnisse ■ Erstellung etwaiger Finanzierungsanträge
Grundleistung Lph 4	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten und Zusammenstellen der Unterlagen für die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Verfahren oder Genehmigungsverfahren ... b) Erstellen des Grunderwerbsplans und -verzeichnisses unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter c) Vervollständigen und Anpassen der Planungsunterlagen ... d) Abstimmen mit Behörden e) Mitwirken in Genehmigungsverfahren, Teilnahme an bis zu vier Erläuterungs-, Erörterungsterminen f) Mitwirken beim Abfassen von Stellungnahmen zu Bedenken und Anregungen in bis zu zehn Kategorien 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Unterzeichnen der Antragsunterlagen als Antragsteller ■ Bereitstellen aller für die Genehmigung / Planfeststellung erforderlichen Nachweise soweit nicht im Vertrag mit dem Objektplaner vereinbart ■ Grunderwerb, soweit erforderlich ■ Organisation der Genehmigungsverfahren, Erörterungstermine, Veranlassung von Stellungnahmen Dritter ■ Veranlassen von Ergänzungen und Anpassungen bzw. von Mängelbeseitigungen ■ Weiterleitung der vollständigen Genehmigungsbescheide mit allen Auflagen und Hinweisen an die Planer, Fachplaner und Berater ■ Entscheidung über etwaige Widerspruchsverfahren innerhalb der Rechtsbehelfsfristen.
Grundleistung Lph 5	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der Lph 3 und 4 unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen ... bis zur ausführungsfähigen Lösung b) Zeichnerische Darstellung, Erläuterungen und zur Objektplanung gehörige Berechnungen mit allen für die Ausführung notwendigen Angaben einschließlich Detailzeichnungen in den erforderlichen Maßstäben c) Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten und Integrieren ihrer Beiträge bis zur ausführungsfähigen Lösung d) Vervollständigen der Ausführungsplanung während der Objektausführung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Entscheidung zu erforderlichen Planungsfestlegungen im Zuge der Planungsvertiefung, soweit nicht bereits in Lph 3 entschieden ■ Entscheidung über die etwaige Beauftragung von Planungsänderungen, falls Abweichungen gegenüber der Entwurfsplanung veranlasst werden ■ Entscheidung über etwaige Veränderungen beim geplanten Terminablauf gegenüber dem bestehenden Terminplan ■ Ggf. Veranlassung gegenüber den ausführenden Unternehmen bei etwaigen Terminverzügen, die Montagepläne innerhalb vorzugebender Fristen vorzulegen (z. B. nach fruchtloser Anforderung durch den Objektplaner) ■ Ggf. Veranlassung gegenüber Fachplanern, Beratern, ausführenden Unternehmen, planungsrelevante Angaben zu liefern ■ Ggf. organisatorische Maßnahmen falls leistungsbildübergreifende Koordination unsachgemäß erfolgt

Grundleistung Lph 6	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Ermitteln von Mengen nach Einzelpositionen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter b) Aufstellen der Vergabeunterlagen, insbesondere Anfertigen der Leistungsbeschreibungen ... c) Abstimmen und Koordinieren der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der anderen an der Planung fachlich Beteiligten d) Festlegen der wesentlichen Ausführungsphasen e) Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse f) Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung g) Zusammenstellen der Vergabeunterlagen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mitwirken beim Festlegen der Meilensteine von Vergaben ■ Einvernehmen hinsichtlich des Vergabeterminplans, Angabe der AG-seitigen Zeitbedarfe für Vergabeverfahren ■ Erbringung der nicht delegierbaren AG-Leistungen, z. B. Festlegung der Vergabeart, Auftragserteilung, interne Dokumentationsleistungen, rechtzeitige Entscheidungen, ■ Bereitstellung und federführende Bearbeitung eines Vergabemanagementsystems zur E-Vergabe bei öffentlichen Aufträgen ■ Veröffentlichungen, Kommunikation mit Fördermittelgebern, ■ Festlegung der Vergabeart ■ Klärung von Vergaberechtsfragen, z. B. produktneutrale Ausschreibung, Zulassen von Nebenangeboten / Eventualpos. ■ Bereitstellung der rechtlichen Teile der Vertragsregelungen, (z. B. Skontoregelungen, Vertragsstrafenregelungen, Tarifvorgaben, ...) ■ Angabe von AG-seitigen Vorgaben für den Bauablauf, z. B. Aufrechterhaltung des Betriebs während der Umbauarbeiten...

Grundleistung Lph 7	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Einholen von Angeboten b) Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen des Preisspiegels c) Abstimmen und Zusammenstellen der Leistungen der fachlich Beteiligten, die an der Vergabe mitwirken d) Führen von Bietergesprächen e) Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens f) Zusammenstellen der Vertragsunterlagen g) Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung h) Mitwirken bei der Auftragserteilung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anwendung des Vergabemanagementsystems bei E-Vergaben, Durchführung von Submissionen ■ Auftraggeberseitige Vergabedokumentation nach internen Dienstvorschriften des öffentlichen Auftraggebers ■ Bearbeitung von Rechtsfragen, bei Vergabeverfahren, bei privaten AG: Bearbeitung von Rechtsfragen nach Compliance-Richtlinien ■ Führung von Bietergesprächen, soweit nicht Architektenleistungen betroffen sind (z. B. Zahlungsmodalitäten, Sicherheits-einbehalte, Sicherheitsleistungen, nichttechnische Ergebnisse von Vertragsverhandlungen) ■ Rechtzeitige Entscheidung über die Vergabe von Bau- und Lieferaufträgen einschließlich etwaiger Nachtragsvereinbarungen ■ Verwaltungsmäßige Abwicklung bei öffentlichen Vergabeverfahren, z. B. Bieterlisten, Angebotseröffnung, Niederschrift, Vergabevermerk, ggf. Vermerk zur Aufhebung, Schriftverkehr mit Bietern betreffend Aufhebung oder Zuschlagsfristverlängerung, Absageschreiben, Klärung der Zulässigkeit von Nebenangeboten

Grundleistung Lph 8	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Aufsicht über die örtliche Bauüberwachung, Koordinierung der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten, einmaliges Prüfen von Plänen auf Übereinstimmung mit dem auszuführenden Objekt und Mitwirken bei deren Freigabe b) Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplans (Balkendiagramm) c) Veranlassen und Mitwirken beim Inverzugsetzen der ausführenden Unternehmen d) Kostenfeststellung, Vergleich der Kostenfeststellung mit der Auftragssumme 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beauftragung der örtlichen Bauüberwachung, so erforderlich ■ Bereitstellen vertraglicher Regelungen zum Zusammenwirken unterschiedlicher Bauunternehmer auf dem Baugelände und Treffen von Entscheidungen dazu ■ Vertragliche Regelungen zur Überlassung von Lager- und Betriebsflächen soweit erforderlich (z. B. auf Grundstücken Dritter) ■ Sicherstellung der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B (z. B. Verkehrsregelungen) ■ Zustandsfeststellung der vorhandenen Situation vor Baubeginn gemäß VOB/B, ggf. unter Zuhilfenahme Dritter

Noch Grundleistung Lph 8	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> e) Abnahme von Bauleistungen, Leistungen und Lieferungen unter Mitwirkung der örtlichen Bauüberwachung und anderer an der Planung und Objektüberwachung fachlich Beteiligter, Feststellen von Mängeln, Fertigung einer Niederschrift über das Ergebnis der Abnahme f) Überwachen der Prüfungen der Funktionsfähigkeit der Anlagenteile und der Gesamtanlage g) Antrag auf behördliche Abnahmen und Teilnahme daran h) Übergabe des Objekts i) Auflisten der Verjährungsfristen der Mängelansprüche j) Zusammenstellen und Übergeben der Dokumentation des Bauablaufs, der Bestandsunterlagen und der Wartungsvorschriften 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellen öffentlich-rechtlicher Genehmigungen und Erlaubnisse (z. B. nach Bau-, Gewerbe-, Straßen- oder Wasserrecht, Lärmschutz) soweit relevant ■ Erteilung von Anordnungen nach VOB/B ■ Entscheidung und Beauftragung inhaltlicher/fachlicher Änderungen der Bau- und Lieferverträge (Nachträge) ■ Entscheidung über Zahlungsmodalitäten (z. B. Skonto, Sicherheitseinbehalte, Bürgschaften, Abzüge bei Mängeln, Druckzuschläge) ■ Organisation und Beauftragung der Sicherung und Bewachung der Baustelle (soweit aus Sicht des Bauherrn erforderlich) ■ Entgegennahme der Dokumentationen ■ Betrieb abgenommener und fertiggestellter Anlagentechnik im Ingenieurbauwerk ■ Abnahme von Bau- und Lieferleistungen ■ Erfüllung der Mitwirkungspflichten gemäß § 642 BGB ■ Auszahlung von Rechnungen, Information des für die Rechnungsprüfung zuständigen Planers über Zahlungen ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen der bei der Abnahme festgestellten Mängel im Rahmen des bereits übernommenen Gebäudebetriebs

Grundleistung Lph 9	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel, längstens jedoch bis zum Ablauf von 5 Jahren seit Abnahme der Leistung, einschließlich notwendiger Begehungen b) Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen c) Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ermöglichung von Mängelbeseitigungen festgestellter Mängel im Rahmen des bereits übernommenen Gebäudebetriebs ■ Mitwirkung bei der Terminfestlegung von Mängelbeseitigungen ■ Auszahlung von Sicherheitsleistungen ■ Ggf. Erstellung sog. Verwendungsnachweise für Behörden, die Fördermittel gewährt haben ■ Verwahrung der Dokumentationen, die nach der Baugenehmigung bzw. dem Baurecht aufzubewahren sind

PROJEKTABWICKLUNG

Das Leistungsbild für Auftraggeber im Planbereich Tragwerksplanung

Im Leistungsbild Tragwerksplanung sind die Auftraggeberleistungen überschaubar. Sie haben aber erheblichen Einfluss auf den Projekterfolg. Wichtig ist vor allem, dass in den Lph 7 und 8, in denen es gar keine Grundleistungen gibt, häufig Besondere Leistungen anfallen. Die Tragwerksplanung kann auch gestalterische Bedeutung erlangen (z. B. sichtbare Tragwerke bzw. leichte Flächentragwerke). Daher gehört es zur Lph 1, hierzu entsprechende Vorgaben zu machen. |

In den Lph 7 und 8 gibt es nur Besondere Leistungen

■ Obliegenheiten des Auftraggebers in allen Projektphasen / Leistungsphasen

- Schaffung der Planungsvoraussetzungen, Bereitstellung der Finanzierung
- Bereitstellung von Unterlagen, die als Ausgangsbasis für die Planung erforderlich, aber nicht Vertragsbestandteil anderer Leistungen sind (bei Umbauten z. B. Bestandsaufnahmen)
- Ggf. organisatorische Maßnahmen zur Sicherung rechtzeitiger Bereitstellung von Planungsbeiträgen Dritter
- Erfüllung der Mitwirkungspflichten nach § 642 BGB, rechtzeitiges Treffen aller für den Terminablauf erforderlichen Entscheidungen (z. B. Entscheidung über Varianten in Lph 2)
- Rechtzeitige Beauftragungen (in der Regel ab Lph 1) von Planungs- und Beratungsleistungen, die erforderlich sind (§ 650p BGB), ggf. Zustimmung zur Kosteneinschätzung gemäß § 650p Abs. BGB
- Im Falle von Änderungen gemäß § 650b BGB: Anstreben des Einvernehmens über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung, ansonsten formale Vorgabe von Änderungsbegehren und Beachtung der Wartefrist von 30 Tagen bei Ausübung des Anordnungsrechts (erhebliche Terminauswirkungen), Vergütungsanpassung (z. B. gemäß § 650c BGB)
- Bearbeitung und Entscheidung über alle Rechtsfragen (z. B. Sanktionen, Kündigungen, Auftragsvergabeverfahren), soweit nicht Bestandteil von Verträgen mit Dritten, Bearbeitung vergaberechtlicher Fragen
- Ggf. Abschluss von Bauwesen-Haftpflichtversicherungen (z. B. objektbezogene Haftpflicht für alle Beteiligten unter Einschluss bestehender Versicherungen)
- Abnahmen von Planungs- und Bauleistungen gemäß § 640 BGB
- Entgegennahme von Leistungen und vertragliche Abwicklung geschlossener Verträge als Vertragspartner
- Rechtzeitige Auszahlung von Rechnungen

Grundleistung Lph 1	Obliegenheit des Auftraggebers
a) Klären der Aufgabenstellung aufgrund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers im Benehmen mit dem Objektplaner b) Zusammenstellen der die Aufgabe beeinflussenden Planungsabsichten c) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> ■ Angabe funktionaler Besonderheiten (z. B. wenn spätere Umnutzungen vorsorglich berücksichtigt werden sollen) ■ Angaben zu Besonderheiten (z. B. spätere Erweiterbarkeit) ■ Erwartung zum terminlichen Projektablauf ■ Bereitstellung erforderlicher Bestandsunterlagen (ggf. mit Hilfe Dritter) ■ Entscheidungen bzw. Beauftragungen der weiteren Planungs- und Beratungsbeteiligten (Geotechnische Beratung, Fachplaner etc.)

Grundleistung Lph 2	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Analysieren der Grundlagen b) Beraten in statisch-konstruktiver Hinsicht unter Berücksichtigung der Belange der Standsicherheit, der Gebrauchsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit c) Mitwirken beim Erarbeiten eines Planungskonzepts einschließlich Untersuchung der Lösungsmöglichkeiten des Tragwerks unter gleichen Objektbedingungen mit skizzenhafter Darstellung, Klärung und Angabe der fürs Tragwerk wesentlichen konstruktiven Festlegungen d) Mitwirken bei Vorverhandlungen mit Behörden und anderen ... über die Genehmigungsfähigkeit e) Mitwirken bei Kostenschätzung und Terminplanung f) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Klärung der Frage der grundlegenden Gestaltung der Tragwerke (z. B. Tragwerke sichtbar?) ■ Bereitstellung vorhandener und verfügbarer Planungsgrundlagen ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind, und auf denen im Verlauf der Planung aufgebaut werden kann (z. B. über Varianten) ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge ■ Entgegennahme der Planungsleistungen
Grundleistung Lph 3	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Erarbeiten der Tragwerkslösung unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen, bis zum konstruktiven Entwurf mit zeichnerischer Darstellung b) Überschlägige statische Berechnung und Bemessung c) Grundlegende Festlegungen der konstruktiven Details und Hauptabmessungen des Tragwerks d) Überschlägiges Ermitteln der Betonstahlmengen im Stahlbetonbau, der Stahlmengen im Stahlbau und der Holzmengen im Ingenieurholzbau e) Mitwirken bei der Objektbeschreibung bzw. beim Erläuterungsbericht f) Mitwirken bei Verhandlungen mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten über die Genehmigungsfähigkeit g) Mitwirken bei der Kostenberechnung und bei der Terminplanung h) Mitwirken beim Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung i) Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorgabe konkreter Planungsgrundlagen (z. B. entwurfsrelevante Auftraggeber-Angaben, soweit nicht bereits in der Vorentwurfsplanung erforderlich) ■ Ggf. Bereitstellung der Angaben der Objekt- und Fachplanung Technische Ausrüstung und der weiteren Leistungen (z. B. geotechnischer Bericht) ■ Angaben zu konkreten gestalterischen Erwartungen hinsichtlich Details, soweit nicht bereits in Lph 2 erforderlich ■ Treffen der Entscheidungen, die für die Planungsvertiefung erforderlich sind, und auf denen im Verlauf der weiteren Planung aufgebaut werden kann ■ Entscheidung über kostenrelevante Planungsvorschläge als Grundlage für die zu erstellende Kostenberechnung ■ Entscheidung über die Beauftragung preisrechtlich nicht geregelter Leistungen (z. B. vorgezogene Mitwirkung bei Ausschreibungsunterlagen) ■ Entgegennahme der Zusammenfassung der Planungsergebnisse
Grundleistung Lph 4	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Aufstellen der prüffähigen statischen Berechnungen für das Tragwerk unter Berücksichtigung der vorgegebenen bauphysikalischen Anforderungen b) Bei Ingenieurbauwerken: Erfassen von normalen Bauzuständen c) Anfertigen der Positionspläne für das Tragwerk oder Eintragen der statischen Positionen, der Tragwerksabmessungen, der Verkehrslasten, der Art und Güte der Baustoffe und der Besonderheiten der Konstruktionen in die Entwurfszeichnungen des Objektplaners d) Zusammenstellen der Unterlagen der Tragwerksplanung zur Genehmigung e) Abstimmen mit Prüfämtern und Prüfsachverständigen oder Eigenkontrolle f) Vervollständigen und Berichtigen der Berechnungen und Pläne 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellen aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen und Nachweise, soweit nicht im Architektenvertrag vereinbart, ■ Unterzeichnen der Antragsunterlagen als Antragsteller, ■ Veranlassen von Ergänzungen und Anpassungen, ■ Ggf. Veranlassung von Planungsänderungen, ■ Bereitstellung der vollständigen Genehmigungsbescheide mit allen Auflagen und Hinweisen an die Planer, Fachplaner und Berater, Förderbehörden oder ähnliches ■ Entscheidung über etwaige Widerspruchsverfahren innerhalb der Rechtsbehelfsfristen

Grundleistung Lph 5	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Durcharbeiten der Ergebnisse der Leistungsphasen 3 und 4 unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen b) Anfertigen der Schalpläne in Ergänzung der fertig gestellten Ausführungspläne des Objektplaners c) Zeichnerische Darstellung der Konstruktionen mit Einbau- und Verlegeanweisungen, z. B. Bewehrungspläne, Stahlbau- oder Holzkonstruktionspläne mit Leitdetails (keine Werkstattzeichnungen) d) Aufstellen von Stahl- oder Stücklisten als Ergänzung zur zeichnerischen Darstellung der Konstruktionen mit Stahlmengenermittlung e) Fortführen der Abstimmung mit Prüfämtern und Prüfingenieuren oder Eigenkontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Entscheidung zu erforderlichen Planungsfestlegungen im Zuge der Planungsvertiefung, soweit nicht bereits in Lph 3 entschieden ■ Entscheidung über die etwaige Beauftragung von Planungsänderungen, falls Abweichungen gegenüber der genehmigten Entwurfsplanung veranlasst werden ■ Entscheidung über etwaige Veränderungen beim geplanten Terminablauf gegenüber dem bestehenden Terminplan ■ Entscheidung über die Beauftragung preisrechtlich nicht geregelter Leistungen (z. B. vorgezogene Mitwirkung bei Ausschreibungsunterlagen)

Grundleistung Lph 6	Obliegenheit des Auftraggebers
<ul style="list-style-type: none"> a) Ermitteln der Betonstahlmengen im Stahlbetonbau, der Stahlmengen in Stahlbau und der Holzmengen im Ingenieurholzbau ... b) Überschlüssiges Ermitteln der Mengen der konstruktiven Stahlteile und statisch erforderlichen Verbindungs- und Befestigungsmittel im Ingenieurholzbau c) Mitwirken beim Erstellen der Leistungsbeschreibung als Ergänzung zu den Mengenermittlungen als Grundlage für das Leistungsverzeichnis des Tragwerks 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellen aller für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen und Nachweise, soweit nicht im Architektenvertrag vereinbart, ■ Unterzeichnen der Antragsunterlagen als Antragsteller, ■ Veranlassen von Ergänzungen und Anpassungen, ■ Ggf. Veranlassung von Planungsänderungen, ■ Bereitstellung der vollständigen Genehmigungsbescheide mit allen Auflagen und Hinweisen an die Planer, Fachplaner und Berater, Förderbehörden oder ähnliches ■ Entscheidung über etwaige Widerspruchsverfahren innerhalb der Rechtsbehelfsfristen.

Grundleistung Lph 7	Obliegenheit des Auftraggebers
Nicht existent	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ggf. Beauftragung zur Mitwirkung bei der Prüfung von tragwerksrelevanten Nebenangeboten ■ Ggf. Beauftragung zur Mitwirkung bei der Prüfung von tragwerksrelevanten Pauschalangeboten

Grundleistung Lph 8	Obliegenheit des Auftraggebers
Nicht existent	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beauftragung der ingenieurtechnischen Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften Unterlagen ■ Beauftragung der ingenieurtechnischen Kontrolle von Baubehelfen

BAUÜBERWACHUNG

OLG Schleswig: Grundleistungen in Lph 8 sind kein „Vollkaskoschutz ohne Selbstbeteiligung“

| Exemplarisch für überhöhte Erwartungen des Auftraggebers an Ihre (Grund-)leistungen ist die Lph 8. Viele Auftraggeber meinen, aus der Beauftragung der Grundleistungen 8 einen „Vollkaskoschutz ohne Selbstbeteiligung“ für die mangelfreie Ausführung zu erhalten. Dass das aber nicht so ist, hat das OLG Schleswig klargestellt. |

Das Problem der honorartechnisch so wichtigen Lph 8

Die Bauüberwachung ist, honorartechnisch betrachtet, die größte und aufwendigste Lph. Sie ist besonders bedeutsam, weil hier die letzte Möglichkeit besteht, evtl. Planungsmängel zu kompensieren.

Eines kann die Bauüberwachung nach den Grundleistungen der Leistungsbilder aber nicht: Alle erdenklichen Mängel und Verzögerungen bei der Ausführung verhindern. Bewirkt z. B. eine mangelhafte Ausführung eine Bauverzögerung (infolge der Zeitdauer für die Mängelbeseitigung), kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass die Bauüberwachung versagt hat.

PRAXISTIPP | Möchte der Auftraggeber Terminverzögerungen und Mängel sowie diesbezügliche Mehrkosten bei der Ausführung gering halten, muss er erfahrungsgemäß deutlich mehr als nur die Grundleistungen beauftragen.

OLG Schleswig stellt Prinzip der Bauüberwachung klar

Das bestätigt prinzipiell auch eine Entscheidung des OLG Schleswig. Das OLG hat zur Rolle und Verantwortung des Bauüberwachers und dessen Haftung für Ausführungsfehler zwei ganz wichtige Aussagen gemacht (OLG Schleswig, Urteil vom 27.03.2015, Az. 1 U 87/10, Abruf-Nr. 146252).

Bauüberwachung kann nicht alle Ausführungsfehler verhindern

Aussage Nummer Eins lautet: Vom Planer und Bauüberwacher ist nicht zu erwarten, dass er bereits beim Einbau einer Treppe Kontrollmessungen durchführt, um deren Maßgenauigkeit zu prüfen. Solche Kontrollen sind erst möglich, nachdem die Treppe eingebaut worden ist.

PRAXISTIPP | Die Bauüberwachung ist also keine baubegleitende Arbeitsvorbereitung oder Bauleitung (im Sinne von „ständig arbeitsbegleitend über die Schulter schauen und das Entstehenlassen von Mängeln verhindern“). Würde das zutreffen, würden sich ausführende Unternehmen vor Ort jede Arbeitsanweisung von der „Bauleitung“ abholen und keinerlei werkvertragliche Verantwortung übernehmen.

In die Lph 8 nicht mehr Leistungen ...

... hinein interpretieren als sie wirklich enthält

Baubegleitende Arbeitsvorbereitung ist nicht Aufgabe der Bauüberwachung

Bauüberwachung muss Ausführendem nicht ständig über die Schulter schauen

Die Formel „Ausführungsmangel = Bauüberwachungsmangel“ ist aus Sicht des OLG also unzutreffend. Damit muss auch davon ausgegangen werden, dass die

- Anzahl der Mängel bei der Bauausführung sowie
 - Terminverschiebungen infolge Mängelbeseitigungen
- nicht unmittelbar an der Qualität der Bauüberwachung festmachen.

Folge: Da die HOAI auch keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Grundleistungen und festen Terminen regelt, müssen Auftraggeber, die erhöhte Ansprüche an die Terminalsicherheit und Ausführungsqualität haben, dafür besondere Leistungs- und Honorarregelungen treffen.

Mitwirkung des Bauherrn ist von besonderer Bedeutung

Der zweite Aspekt betrifft den Bauherrn selbst: Er ist an der termingerechten und qualitätsvollen Bauausführung ebenfalls maßgeblich beteiligt. Stark unterschätzt wird z. B. die Mitwirkungspflicht gemäß § 642 BGB. Danach muss der Bauherr seinen Pflichten terminlich angemessen nachkommen, wenn er die termingerechte und mangelloptimierte Realisierung anstrebt. Das zeigt sich z. B. in folgenden vier „Mitwirkungsleistungen“:

1. Der Auftraggeber muss alle erforderlichen Planungs- und Überwachungsleistungen bereitstellen (bei Grund- und Besonderen Leistungen).
2. Er muss den ausführenden Auftragnehmern die Hauptaufträge zeitnah beauftragen. Gleiches gilt für berechnete Nachträge.
3. Er muss einen entsprechenden Auftrag erteilen, wenn Planungsänderungen durchgeführt werden sollen.
4. Er muss gegen ausführende Auftragnehmer, die sich vertragswidrig verhalten, professionell vorgehen, um den Baufortschritt und die Ausführungsqualität steuern zu können.

PRAXISTIPP | Vor allem letztgenannte Mitwirkungspflicht ist bedeutend. Weil Planungsbüros gegenüber ausführenden Unternehmen keine vertragsrelevanten Maßnahmen erbringen dürfen, ist der Auftraggeber am Zug. Im Ergebnis entscheidet er selbst, ob

- im Zuge der Angebotswertung generell der billigste Bieter beauftragt wird, oder der, der die wirtschaftlichste und zuverlässigste Ausführung erwarten lässt (Vergaberechtsfrage),
- die vom Planer gerügten Mängel beseitigt werden und etwaige Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden oder bei fruchtlosem Fristablauf der Mängelbeseitigungsfrist eine Trennung erfolgt oder am Unternehmen festgehalten wird,
- am ausführenden Unternehmen trotz einiger Mängel und Verzögerungen festgehalten wird, weil eine Kündigung anderweitige Nachteile bewirken kann.

Honorarkalkulation zeigt Grenze der Leistungen in Lph 8

Dass die Grundleistungen in der Lph 8 keinen „Vollkasko-Schutz“ des Bauherrn umfassen, lässt sich auch belegen, wenn man ein „normales Lph 8-Honorar“ auf die Stunden herunterbricht, die dafür leistbar sind.

Bauherr trägt seinen Verantwortungsteil ...

... am Gelingen des Projekts

Wahl der richtigen ausführenden Unternehmen als Zünglein an der Waage

Wie viele Stunden stehen kalkulatorisch zur Verfügung?

■ Beispiel

Es handelt sich um ein Neubauobjekt mit anrechenbaren Kosten in Höhe von einer Mio. Euro, Leistungsbild Gebäude, Honorarzone III. In der Lph 8 wird nur der bereinigte Honoraranteil betrachtet, der auf die Bauüberwachung vor Ort entfällt. Terminplanung, Kostenkontrolle etc. bleiben außen vor. Nach den Siemon-Bewertungstabellen ergibt sich für die reine Bauüberwachung vor Ort ein Honoraranteil von 18 Prozent (statt 32 Prozent für die gesamte Lph 8), in Summe rund 15.500 Euro. Daraus lässt sich näherungsweise der Personalkostenanteil ermitteln. Hat das Büro einen durchschnittlichen Stundensatz von 80 Euro, stehen ihm für die Bauüberwachung vor Ort rund 200 Stunden zur Verfügung.

Honorar ermöglicht
keine Ausführungs-
kontrolle vor Ort

Klare Aussage: Legt man die Honorare nach HOAI zugrunde, steht fest, dass mit der HOAI eine Ausführungskontrolle vor Ort nicht gemeint sein kann, die

- flächendeckend und durchgehend ist,
- alle Stellen umfasst, an denen auf der Baustelle gearbeitet wird,
- fachtechnische Ausführungsmängel im Voraus entdeckt und vermeidet.

Das Bild wird sich auch nicht wesentlich ändern, wenn der Stundensatz – was aber nicht sachgerecht ist – von 80 Euro auf 75 Euro gesenkt wird.

Konsequenz für Ihre Auftraggeber-Beratung

Daraus ergibt sich, dass die Grundleistungen nur ein Mindestmaß derjenigen Leistungen darstellen, die in der Lph 8 insgesamt wirtschaftlich sinnvoll sind. Für Auftraggeber, die sehr hohe Ansprüche an die Terminalsicherheit und Ausführungsqualität stellen, reichen die Grundleistungen in der Regel nicht.

Zusätzliche Besondere Leistungen vorschlagen

Machen Sie das zum Inhalt Ihrer Beratung des Auftraggebers. Oft ist es sinnvoll, ergänzende Besondere Leistungen zu vereinbaren. Das gilt vor allem für folgende Leistungen:

- Das Aufstellen und Überwachen sowie Fortschreiben von differenzierten Zeit- und Kostenplänen (Leistungsbild Gebäude)
- Das Prüfen und Werten von Nebenangeboten (Gebäude) bei VOB/A-Vergaben
- Die ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung von Tragwerken auf Übereinstimmung mit der Tragwerksplanung (Tragwerk)
- Die Mitwirkung bei der Überwachung von Tragwerkseingriffen beim Bauen im Bestand (Tragwerk)
- Die ingenieurtechnische Kontrolle von Baubehelfen (Tragwerk)
- Die leistungsbildübergreifende Koordination mit anderen Objektplanungen (Gebäude, Freianlagen, Verkehrsanlagen auf einem Grundstück)
- Das Prüfen von Nachträgen (Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen)
- Die Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen der ausführenden Auftragnehmer (alle Leistungsbilder)
- Bestandsaufnahmen in den Planungsphasen mit dem Ziel, bei der Bauüberwachung Planungsänderungen und Nachträge zu vermeiden
- Einzelprüfungen durch Sachverständige im Stahlbau oder bei Ingenieurbauwerken mit hohen Ansprüchen an die Betonverarbeitungsqualität

Für eine erfolgreiche
Abwicklung
der Lph 8 ...

... steht ein großes
Spektrum von
Spezialleistungen
zur Verfügung

- Abrechnungsprüfungen von Vermessungsingenieuren bei Erdarbeiten größeren Umfangs (Vermessung des ursprünglichen und des Endzustands)
- Thermische Bauphysik als Fachbauüberwachung für die Qualitätssicherung bei der Bauausführung
- Ingenieurtechnische Kontrolle bei der Ausführung von Bauwerksgründungen (durch Tragwerksplaner und / oder den Baugrundgutachter)
- Detailterminplanung beim Bauen im Bestand (insbesondere, wenn das Objekt auch während der Bauzeit durchgehend genutzt werden soll)

Wichtig | Ihr Bauherr muss für sich prüfen, ob er sich Ihren Beratungshinweisen anschließt und Besondere Leistungen beauftragt oder ob er das Risiko eingeht, das Projekt nur mit den Grundleistungen zu bearbeiten und auf einen glücklichen Verlauf zu hoffen. Wichtig ist, dass er aus Ihrer Beratung erkennt, dass er (egal, ob er eine Bauabteilung / Bauamt betreibt oder nicht) selbst erhebliche Projektverantwortung übernimmt. Entscheidet der Bauherr gegen Ihre Vorschläge, muss er selbst die Konsequenzen tragen. Diese bestehen in der Regel darin, dass er Schadenersatzforderungen gegen Sie nur schwer oder gar nicht durchsetzen kann.

Mitwirkungspflicht durch Beratung aktivieren

Damit o. g. Folgen eintreten, müssen Sie die Mitwirkungspflicht des Bauherrn aber „aktivieren“. Konkret: Sie müssen ihn beraten, ob Besondere Leistungen erforderlich sind. Tun Sie das nicht, wird der Bauherr immer einwenden können, dass er sich bei entsprechender Beratung auch beratungskonform verhalten und die entsprechenden Aufträge erteilt hätte.

**Bauherr hat
Eigenverantwortung
für das Gelingen
des Projekts**

**Auftraggeber in die
Pflicht nehmen**

REDAKTION | Sie haben Fragen oder Anregungen zur Berichterstattung? Schreiben Sie an
Institut für Recht-Wirtschaft-Steuern, Redaktion „PBP“

Max-Planck-Str. 7/9, 97082 Würzburg

Fax: 0931 418-3080, E-Mail: pbp@iww.de

Redaktions-Hotline: 0931 418-3075

Als Fachverlag ist uns individuelle Rechtsberatung nicht gestattet. Gerne vermitteln wir Ihnen den Kontakt zu einem professionellen Gutachtendienst.

ABONNENTENBETREUUNG | Fragen zum Abonnement beantwortet Ihnen der

IWW Institut Kundenservice, Franz-Horn-Str. 2, 97091 Würzburg

Telefon: 0931 4170-472, Fax: 0931 4170-463, E-Mail: kontakt@iww.de

Bankverbindung: DataM-Services GmbH, Postbank Nürnberg

IBAN: DE80 7601 0085 0007 1398 57, BIC: PBNKDEFFXXX



IHR PLUS IM NETZ | Online – Mobile – Social Media

Online: Unter pbp.iww.de finden Sie

■ Downloads (Musterverträge, Musterschreiben, Checklisten u.v.m.)

■ Archiv (alle Beiträge seit 2001)

■ Rechtsquellen (Urteile, Gesetze, Verwaltungsanweisungen u.v.m.)

Vergrößern Sie Ihren Wissensvorsprung: Registrieren Sie sich auf iww.de/registrieren, schalten Sie Ihr Abonnement frei und lesen Sie aktuelle Fachbeiträge früher.

Rufen Sie an, wenn Sie Fragen haben: 0931 4170-472

Mobile: Lesen Sie „PBP“ in der myIWW-App für Smartphone/Tablet-PC.

■ Appstore (iOS)

■ Google play (Android)

→ Suche: myIWW oder scannen Sie den QR-Code



Social Media: Folgen Sie „PBP“ auch auf facebook.com/pbp.iww



NEWSLETTER | Abonnieren Sie auch die kostenlosen IWW-Newsletter für Unternehmer und Selbstständige auf iww.de/newsletter:

■ PBP-Newsletter

■ BGH-Leitsatz-Entscheidungen



SEMINARE | Nutzen Sie das IWW-Seminarangebot für Ihre Fortbildung: pbp.iww.de

ERFA-KREISE | Sie möchten an einem von „PBP“ mitveranstalteten Erfahrungsaustausch-Kreis für Planer am Bau teilnehmen? Dann mailen Sie an pbp@iww.de, Stichwort „Erf-Kreis“, und Sie erhalten weitere Informationen.

PLANUNGSBÜRO PROFESSIONELL (ISSN 2195-6758)

Herausgeber und Verlag | IWW Institut für Wissen in der Wirtschaft GmbH, Max-Planck-Str. 7/9, 97082 Würzburg, Geschäftsführer: Dr. Jürgen Böhm, Telefon: 0931 418-3070, Fax: 0931 418-3080, E-Mail: iww-wuerzburg@iww.de, Internet: iww.de

Redaktion | RA Norbert Rettner (Chefredakteur); Dipl.-Volksw. Günter Göbel (Stellvertretender Chefredakteur, verantwortlich)

Schriftleiter | Klaus-Dieter Siemon, Dipl.-Ing. und Architekt, von der Industrie- und Handelskammer Kassel ö.b.u.v. Sachverständiger für Leistungen und Honorare der Architekten, Vellmar (HOAI/Ingenieur- und Architektenrecht)

Fachlicher Beirat | RA Sabine Frfr. von Berchem, Berlin; RA Peter Michael Oppler, München; Univ.-Prof. Berthold Penkhues, Dipl.-Ing. MA, Kassel; RA Friedrich-Karl Scholtissek, Hamburg; RA Dr. Maritta Weinhardt, Neustadt an der Saale

Bezugsbedingungen | Der Informationsdienst erscheint monatlich. Er kostet pro Monat 17,90 EUR einschließlich Versand und Umsatzsteuer. Das Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar.

Hinweise | Alle Rechte am Inhalt liegen beim IWW Institut. Nachdruck und jede Form der Wiedergabe auch in anderen Medien sind selbst auszugsweise nur nach schriftlicher Zustimmung des IWW Instituts erlaubt. Der Inhalt des Informationsdienstes ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen.

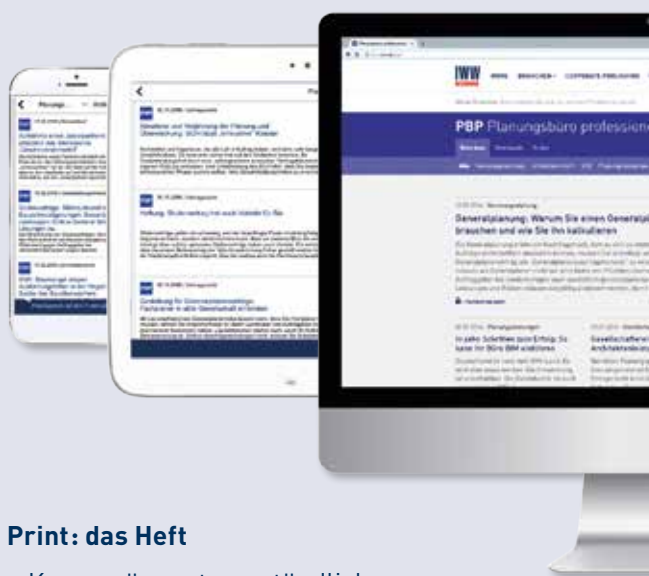
Bildquellen | Titelbild: © goodluz (Fotolia)

Umschlag-Seite 2: René Schwerdtel (Göbel), Blendwerk Freiburg (Borowski)

Druck | H. Rademann GmbH Print + Business Partner, 59348 Lüdinghausen

Ihr Abonnement

Mehr als eine Fachzeitschrift



Print: das Heft

- Kurz, prägnant, verständlich
- Konkrete Handlungsempfehlungen
- Praxiserprobte Arbeitshilfen

Online: die Website

pbp.iww.de

- Aktuelle Ausgabe bereits eine Woche vor Heftauslieferung verfügbar
- Ergänzende Downloads
- Ausgabenarchiv mit Urteilsdatenbank

Mobile: die myIWW-App für Apple iOS und Android

iww.de/s1768

- Funktionen der Website für mobile Nutzung optimiert
- Offline-Nutzung möglich, z. B. im Flugzeug

Social Media: die Facebook-Fanpage

facebook.com/pbp.iww

- Aktuelle Meldungen aus der Redaktion
- Forum für Meinung und Diskussion
- Kontakt zu Experten und Kollegen

